

Oscar von Hindenburgs Abschied

Von der Tannenberg-Legende zur Josephs-Legende

Gemeinnutz vor Eigennutz

Berlin, 24. September.

Unter den zahlreichen höheren Offizieren, die im Laufe dieses Monats aus dem Heeresdienste ausscheiden, befindet sich auch der Sohn des Reichspräsidenten von Hindenburg und dessen erster Adjutant Oberst Oskar von Hindenburg, der mit dem Charakter eines Generalmajors entlassen wird, so daß ihm die im neuen Deutschland wichtige Anrede „Herr General“ zusteht. Die Entlassung Oskar von Hindenburgs, die angeblich auf seinen eigenen Antrag erfolgt ist, wird in der Öffentlichkeit lebhafter besprochen als das Ausscheiden anderer Reichswehrgenerale, obwohl ihr militärisch und politisch eine wesentlich geringere Bedeutung zukommt. Militärisch war er stets ohne besonderen Ehrgeiz und ohne jede Begabung. Seine politische Rolle, die sich stets nur hinter den Kulissen abspielte, war mit dem Tode seines Vaters und seiner Trennung von dem Staatssekretär Dr. Weisner zu Ende. Nicht einmal mehr gemeinsame Börsegeschäfte konnten ihn noch mit dem Staatssekretär der Reichspräsidentenschaft verbinden, denn Herr Dr. Weisner ist ein vorsichtiger Mann. Er sieht immer dem jeweils regierenden Herrn sehr nahe und den scheidenden Männern sehr fern.

Oskar von Hindenburg ist ein wohlbelagerter Herr. Nicht nur wegen des lukrativen Börsespiels, dessen erlösarreiches Betreiben ihm auf Grund der Informationen aus erster Hand jahrelang möglich war, sondern vor allem durch die großen schuldenreichen Vandalereien, die ihm durch deutsche Industriekapitalisten und durch den preussischen Staat zugewendet worden sind. Es ist da eine sogenannte Dankeschuld abgetragen worden. Streng wahrheitsgemäß ausgedrückt ist die Geschichte so: Oskar von Hindenburg erhielt großen und wertvollen Grundbesitz für einen Sieg, den sein Vater — nicht erfochten hat. Denn daß der Generaloberst Paul von Hindenburg Sieger der Schlacht von Tannenberg gewesen wäre, ist ja nur eine fromme nationale Legende, die von der objektiven Geschichtsforschung nie bekräftigt werden wird. Paul von Hindenburg, der alles andere als ein ruhmrediger Krieger war, hat übrigens diese Legende nicht selbst erzählt. Seine Erzählung lautet: „Am 22. August sah ich nichtssahnend in Hannover beim Tee, am 23. lauschte ich mit meiner Frau Wollfachen ein, am Abend sah ich im Sonderzug nach Osten und beriet mich mit Ludendorff, was zu tun sei, und am 26. schlug ich Tannenberg in laugen Hosen und Pletwka.“ Wichtigere als seine Memoiren, die übrigens nicht von ihm, sondern von dem Präsidenten des Reichsarchivs, General von Merz, unter außenpolitischer Nachhilfe des deutsch-nationalen Geschichtsprofessors Otto Hoesch verfaßt wurden, sind die militärischen Rechenschaftsberichte des Generalmajors Hoffmann, der die Schlacht als erster Generalstabs-offizier mitgemacht hat.

Er bezeugt, daß die strategische Idee weder von Hindenburg noch von Ludendorff kam. Als die beiden auf dem östlichen Kriegsschauplatz eintrafen, hatte General v. Fritsch die Operationen schon eingeleitet. Hindenburg blieb ganz passiv. Ludendorff gab einige sehr umstrittene taktische Befehle. Einer der Truppenführer General von Francois gab später das Urteil ab, die Schlacht bei Tannenberg sei nicht wegen, sondern gegen Ludendorff gewonnen worden. Von Hindenburg ganz zu schweigen.

Aber Paul von Hindenburg wurde der einzige Heerführer, für den sich der Sieg von Tannenberg ideell und materiell gelohnt hat. Die Legende trug ihn zum Reichspräsidenten empor. Er war jahrelang ein Staatsoberhaupt „ohne Ar und Balm“ und blies so für die Okkupation in allen Zoll- und Steuerfragen verdächtig. Da kam dem alten Kammerherrn von Oldenburg-Januschan eine geniale Idee: man mußte den Präsidenten der verhassten Republik zum obersten Großgrundbesitzer machen, indem man das seit vielen Jahrzehnten in anderen Besitz übergegangene Hindenburgsche Familiengut Neudorf zurückkaufte und dem Alten zum Geschenk machte. Nicht etwa, daß der Junker einen Augenblick daran gedacht hätte, sich oder seine junkerlichen Kastenossen an den „Kosten zu beteiligen. Solche finanziellen Verwerflichkeiten liegen diesen Herren fern.

Er interessierte den Generaldirektor von J. G. Farden, Duisberg, und dieser alarmierte die ganze deutsche Großindustrie, und so kam die Kaufsumme und das Geschäft zustande: das Rittergut für die Familie Hindenburg und

Böle und Subventionen für Großgrundbesitz und Großindustrie.

Da war aber noch eine Schwierigkeit. In Jahrzehntelangen Kämpfe hatten die Sozialdemokraten Erbschaftsteuer durchgesetzt. Da der über achtzigjährige Reichspräsident von Hindenburg nicht ewig leben konnte, mußte nach menschlichem Ermessen in einigen Jahren der Zeitpunkt eintreten, wo das Deutsche Reich Erbschaftsteuer von den Nachkommen Hindenburg für das ihrem Vater geschenkte Rittergut zu fordern hatte.

Man kam überein, das rollende Vaterland um die Erbschaftsteuer zu pressen. Es wurde abgemacht, eine echte und rechte Steuererhebung zu veranstalten. Die Familie Hindenburg gab sich dazu her, das Rittergut nicht Herrn Paul von Hindenburg schenken zu lassen, der wenigstens nach der Legende den Sieg von Tannenberg erfochten hatte, sondern seinem Sohn Oskar von Hindenburg, dem auch die lächerliche Geschichtslegende außer seinen gelungenen Börsen-Spekulationen keine Verdienste nachrühmen konnte.

Nun war der Reichspräsident von Hindenburg Großgrundbesitzer und Nachbar der Herren von Oldenburg-Januschan, der Grafen Finkenstein, der Grafen Eulenburg und des Herrn von der Osten-Barth. Nun war in Neudeck leichter ein vernünftiges Wort mit ihm zu reden als im Reichspräsidentenpalais in der Wilhelmstraße zu Berlin, wo ständig gegenüber der sozialdemokratische Ministerpräsident und Agrarbolshewist Otto Braun residierte, und wo andere radikale „Volkswissen“, wie der Zentrumsführer Dr. Brüning und General von Schleicher ein- und ausgingen. Jeder Versuch der Reichsregierung und der preussischen Landesregierung, die östlichen Großgrundbesitzer zu ihren wirtschaftlich und finanziellen Verpflichtungen anzuhaken, war nun „Volkswissen“. Die Herren verständigten jeweils den durch sie mit einem Rittergut befrachten Oskar von Hindenburg. Er und Staatssekretär Dr. Weisner machten dem alten Herrn die Notwendigkeit klar, sich fern von Berlin zu erholen und in Neudeck wurde dann der Reichspräsident gegen die Feinde des heiligen Eigentums der preussischen Junker scharf gemacht.

So wurde Dr. Brüning gestützt, dem Hindenburg nach den Gastgesprächen in Neudeck den fürchterlichen Vorwurf machte: „Sie sollen ja Agrarbolshewisten in Ihrem Kabinett haben.“

So wurde der Reichskanzler General von Schleicher in die Wüste gesetzt. Sein Agrarbolshewismus war besonders lächerlich, weil unter seiner Kanzlerschaft die Sozialdemokraten noch parlamentarische Redefreiheit hatten und so in der Lage waren, die riesenhaften, dem Deutschen Reich viele Millionen kostenden Subventionen aufzudecken, einen stinkenden Korruptionsskandal, in den auch nächste agrarische Freunde der regierenden Familie Hindenburg verstrickt waren.

So wurde Schleicher zur Strecke gebracht, und Hilfer in die Kanzlerschaft geholt. Nun ist General von Schleicher für ewig stumm und es rundet sich das Bild, daß der oberste Gerichtsherr, der seinen Vorgänger im Reichskanzleramt durch die Schüsse seiner SS. erledigen ließ, durch ein Dank- und Glückwunschtelegramm Hindenburgs für diese Tat ausgezeichnet wurde. Daß der deutsche Staatsführer seine lächerlichen Behauptungen, Schleicher habe mit der französischen Regierung konspiriert, in aller Form und unter schändlichen Entschuldigungen am Quai d'Orsay zurücknehmen mußte, hat das deutsche Volk nicht erfahren.

Oskar von Hindenburg mag politisch Gegner der Nationalsozialisten sein. Persönlich hat er ihm viel zu danken. Es ist fast in Vergessenheit geraten, daß im Jahre 1933 der preussische Ministerpräsident Göring ihm ein zweites Gut, nämlich die Domäne Langenan, auf preussische Staatskosten geschenkt hat; diesmal wurde die Schenkung trübsallich und fromm und ohne jeden Trick von Amts wegen gleich für alle Zeiten als steuerfrei erklärt.

Schiebungen zur Umgehung der Erbschaftsteuer waren nun nicht mehr nötig, denn inzwischen war die saubere Staatsführung des „dritten Reichs“ an die Stelle der korrupten Republik getreten. Das zeigte sich auch darin, daß der Hauptmann Göring just in den Tagen der Gutsschenkungen an die Familie Hindenburg zum General avancieren konnte.

Vorfahrung siehe 2. Seite.

Wirren in Spanien

(Von unserem Berichterstatter)

J. B. Madrid, 24. September 1934.

Zufälle oder Verrat? fragt man sich unwillkürlich, wenn man die Erfolge überblickt, die die spanische Konterrevolution während der letzten Tage zu verzeichnen gehabt hat.

Da war zuerst der Rifensoldaten in Marokko, der 112.000 Schuß Minition, Handgranaten, Revolver und Maschinengewehre zum Vorschein brachte. Der Großindustrielle Guevarrieta, einer der reichsten Mann Spaniens und Freund Prietos, wurde verhaftet, weil man glaubte, ihm nachweisen zu können, die gefundenen Waffen, die von ihm stammten, an die Sozialisten verschoben zu haben. Bisher ist dieser Nachweis jedoch nicht gelungen.

Der von der Regierung Zamper für illegal erklärte Protestgeneralstreik gegen die Zusammenkunft der fatalistischen Großgrundbesitzer in Madrid zog die Schließung des Volkshauses und sämtlicher Arbeiterzentren nach sich. Hausdurchsuchungen, die nach Pressemeldungen bei der Schließung abgehalten wurden, ergaben keinerlei Resultat. Am Tage der Doffnung der Partei- und Gewerkschaftshäuser aber fanden sich plötzlich Bomben, Pulver, Revolver, Handgranaten, Gummiknüppel, chemische Flüssigkeiten zur Herstellung von Bomben und ähnliche friedliche Gegenstände im Volkshaus und anderen Arbeiterzentren.

Der Vizepräsident der Gewerkschaften, Wenceslao Carillo, Kapitän Garcia Abad, der zweite Sekretär des Gewerkschaftsbundes und der Kassierer des Parteivorstandes, Pascual Thomas, die den Vorstand des Verwaltungsrates des Gewerkschaftshauses bilden, liegen in Haft.

Etwa 10 Gewerkschaftsführer wurden verhaftet, nachdem sich in den Räumen ihrer Sandkiste Waffen angelesen hatten. Im Hause Gabriel Moron's, des ehemaligen sozialistischen Bürgermeisters einer andalusischen Stadt und Abgeordneten des Verfassunggebenden Parlamentes, wurde ein Laboratorium zur Bombenherstellung und 60 Kilogramm Dynamit gefunden.

In der Universitätsstadt hielten Polizisten einen Postwagen an, der Waffen, darunter einige Flammenwerfer, nach dem Stadion transportierte. Pinksgerichtete Studenten wurden beim Umgraben der Erde, zur Anlage von Verstecken erfaßt. Man verhaftete den Studenten Ordofez, der ein Dokument bei sich trug, das einen vollständig angelegten Revolutionsplan darstellte. Danach sollte der revolutionäre Aufstand so vor sich gehen, daß zuerst sämtliche öffentlichen Gebäude besetzt, die Minister und der Staatspräsident sowie jeder Uniformierte, auch wenn er angeblich Sympathie für die Aufständischen zeigte, rücksichtslos niedergemacht werden sollten. Nach den Worten des Innenministers handelt es sich um einen „trochistischen Plan verbunden mit Gangstermethoden“.

Das sind die Tatsachen.

Daß die spanische Arbeiterschaft mit allen Mitteln die Revolution vorbereitet, hat sie nie geleugnet. Im Gegenteil: Laut genug hat sie ihren revolutionären Willen verkündet. Daß also Waffen gefunden und infolgedessen Verhaftungen vorgenommen werden, ist nur allzu natürlich. Ein Punkt aber macht stutzig: Wie ist es möglich, daß plötzlich ganze Serien von Waffenverstecken und Bombenverstecken ausgehoben werden können? Sollte das wirklich nur auf Zufall beruhen? Greifen die Glieder einer Kette tatsächlich so ineinander, daß sich aus einem Waffensfund, aus einer Verhaftung, die nächsten ergeben? Wäre das der Fall, so kann man wohl mit Recht sagen: Eine so leichtsinnig organisierte revolutionäre Organisationsaktion muß von vornherein zum Zusammenbruch verdammt sein.

Aber es scheint, daß nicht nur Zufall oder gar ungenügend durchgearbeitete Organisation die bestimmten Faktoren bilden. Man ist eher versucht, an einen Verrat zu glauben, und diese ungewisse Annahme verstärkt sich, hört man Gerüchte, die verkünden, daß ein bis vor kurzem an führender Stelle tätiges Mitglied der sozialistischen Partei der Regierung die gesamten Pläne der revolutionären Organisation in die Hände gespielt habe, — angeblich „um Blutvergießen zu verhindern“. Dieser Verrat ist absolut möglich. Stellt sich die Wahrheit dieses Gerüchtes heraus, so hat sie — so schmerzhaft sich auch empfinden werden muß — auch ihr Gutes: Noch kann eine Umorganisation der Kampfvorbereitungen ge-

troffen werden. Denn noch scheint es nicht an der Zeit. Oder ist es doch bereits zu spät?

Der Hund des „Revolutionärsplans“ in den Taschen des verhafteten Studenten nicht verdammt nach den Katastrophen im Karl-Liebknecht-Haus. In den Taschen der Waffenkunde gefüllt man erfindende Pläne, um das „große Aufstehen mit den Marxisten“, das Klerikalfaschismus und Kapital verlangen, „legal“ durchzuführen zu können. Will man es wirklich durchführen?

Bei harter Betrachtung der Lage ergibt sich, daß die sozialistische Partei Spaniens — ohne daß sie verboten wurde — sich bereits in der Illegalität befindet. Die Gewerkschaftsführer und Mitglieder des Parteivorstandes der Sozialisten werden verhaftet. Man will die Masse der Führer berauben, um so eher zum Ziel ihrer Unschädlichmachung und zur Errichtung eines diktatorisch klerikalfaschistischen Systems zu gelangen. Die Führer der Junasozialisten, des revolutionären Stoßtrupps der Arbeiterbewegung, müssen sich verborgen halten, um nicht in die Hände der Polizei zu fallen. Nur die hervorragendsten Mitglieder des Parteivorstandes und der Partei hat man bisher noch ungehindert gelassen. Die Sozialisten bauen nach wie vor mit geradezu nervenanstrengender Vertrauensseligkeit auf ihre eigene Kraft. Man fürchtet uns zu sehr, um im Augenblick mehr als Scheinmänner gegen uns zu unternehmen. Hinter den gelundenen Woffen vermutet man neue, größere Paare, ein Verbot der Partei getraut sich niemand auszusprechen.

Angesichts solchen Optimismus erlitet man fast der Versuchung, sich ebenfalls dazu zu betehren. — aber, leise Zweifel und das Gedanken an Deutschland und Osterreich wollen die Hoffnung sich nicht recht abkühlern lassen. Trotzdem: Die Masse, und besonders auch die der Provinz, gehört jedem Wind der Führer, ist ausgezeichnet. Aber: Werden die Führer winken? ...

Die Regierung Samper, deren Leben nur am Gil Robles gehaltenen Rädchen hängt, ist offensichtlich von einer Panik erfaßt. Sie löst die Stadt und Land mit Polizeikräften, besetzt alle strategischen Punkte. Sie fürchtet sich und möchte doch allzujgern provozieren! — Andererseits bleibt ihr auch im Moment, objektiv gesehen, kaum ein Weg zum Rückzug offen. Auf der einen Seite fordert Gil Robles „Generalebeweise“ gegenüber den „Marxisten“, andererseits veröffentlicht der „Socialista“ täglich Dokumente, die die Bestechlichkeit der enghirnigen Regierungrastreife ins hellste Licht rufen. Weltweit hätte sich der Staatssekretär im Innenministerium und der Herr Ferroux, Aurelio Ferroux, mit 50 000 Pes. bestechen lassen, um vom Innenminister die Erlaubnis für Glücksspiele in San Sebastian zu erhalten. Sie brachten die Genehmigung auch bei, allerdings nur für sogenannte „Kleine Casinos“. Das Kasino in San Sebastian aber benutzte die Gelehrtheit, um sofort Baccarat- und Roulette zu einzurichten. Als dies aufkam, und der Skandal den Innenminister zu kompromittieren drohte, zog er unter dem Vorwand des „Mißbrauchs seiner Erlaubnis“ die Spielgenehmigung wieder zurück.

Ein anderer vom „Socialista“ aufersehener Korruptionsfall wirbelt die Öffentlichkeit auf: Der Madrider Advokat Ferrero teilt in einem Brief (den das Blatt nicht veröffentlicht) einem Freunde mit, daß er, um für seinen Sohn den Posten des Sekretärs beim Obersten Verfassungsausschuss zu erlangen, den radikalen Abgeordneten Emiliano Anselmo (Fraktionsvorsitzender der Radikalen Partei, als „korrupter Subjekt“ aus dem Verfassunggebenden Parlament ausgewiesen), den Mora (rechter Hand Ferreros) und Rolfo Alvarez (Rechtsanwalt und Rechtsanwalt) je 10 000 Pes. hohe geben mußten.

Die Sozialisten glauben, mit diesen Enthüllungen die Regierung einzuschüchtern. Da die Aufregung in den betroffenen Kreisen recht heftig ist, scheint es, daß dieses Manöver den erwünschten Zweck erreicht.

Anmerkung: Der Endkampf zwischen Arbeiterchaft und Klerikalfaschismus hat begonnen. Wo er ausgehen wird? — Die Chancen stehen weder schlecht noch gut für die Arbeiterchaft. Man muß also abwarten.

Oscar von Hindenburgs Abschied

Kortikerna von Seite 1.

Noch einmal gab es eine dunkle Affäre um den Herrn Oberst Oscar von Hindenburg, als es um das Testament des am 2. August verstorbenen Reichspräsidenten ging. Dieses merkwürdige Testament, das man in Deutschland die „Josephslegende“ nennt! Jundsch hieß es, niemand wisse, ob ein Testament existiere. Am 5. August gab das Reichspropagandaministerium der englischen Presse die Erklärung ab, es sei endgültig festgestellt, daß kein Testament vorhanden sei. Dieses Schweigen über die Testamentsfrage in Deutschland!

Endlich, am zwölften Tage nach dem Tode des Reichspräsidenten wird sein Testament „gefunden“. Der glückliche Finder scheint Oscar von Hindenburg selbst gewesen zu sein.

Das Couvert soll nach den offiziellen Verlautbarungen die Aufschrift getragen haben: „Dieser Brief ist du rch m e i n e n Sohn dem Herrn Reichskanzler zu übergeben.“ Merkwürdigerweise mißachtete der pietätvolle Sohn den letzten Willen seines Vaters. Das Testament wurde durch Herrn von Papen dem Führer nach Bayern überbracht. Die amtliche DRB-Meldung zu dem Testamentsstext führt, nachdem sie die Übergabe des Testaments an Hitler verzeichnet hat, wie folgt fort: „Im Auftrage des Führers überreicht Herr von Papen hiermit das Dokument der Öffentlichkeit.“

Das Dokument? Bis in dieser Stunde ist nicht eine Zeile des Testaments im Nachhinein veröffentlicht worden. Und so bleibt es bei der „Josephslegende“, die schweigend hingenommen zu haben, die einseitigen letzte Beteiligung Oscar von Hindenburgs an den Staatsgeschäften des „dritten Reiches“ ist.

Man zieht er sich als General auf seine geschenkten Güter zurück. Wenn einst die große Korruptionsgeschichte des „dritten Reiches“ geschrieben werden wird, darf Oscar von Hindenburg damit rechnen, neben Dr. Meißner und anderen auf so manchem Blatt verzeichnet zu stehen.

Aus Marokko werden aus der Gegend von Agadi starke Schneefälle gemeldet, was als etwas ganz Außergewöhnliches bezeichnet wird, da in ganz Marokko Temperaturen von 20 Grad über Null herrschen.

Die Pariser Gerüchthierarchie überreichte ein Dokument mit der Behauptung ihrer früheren Feststellungen, die sie anrecht erhalten Ihre Darstellungen haben im Mißverhältnis zu den Darlegungen über den Selbstmord des Gerichtsrats Prince.

„Volksgericht“ — Dunkelkammer des Justizmords

Hanstaengl droht, die Oxford Universität anzuzünden

Von William O. Tompson,

ehemaliges führendes Mitglied des Ausschusses der NRA, der Vereinigten Staaten.

William O. Tompson, bis vor kurzem Mitglied des leitenden Ausschusses der NRA, einer der bekanntesten Rechtsanwälte New Yorks, kommt soeben von einer Reise nach Berlin zurück, wohin er im Auftrage des Welthilfskomitees für die Opfer des Hitlerfaschismus gefahren ist, um Thälmann zu sehen und das Volksgericht zu studieren. Er bezeichnet das Volksgericht als „Dunkelkammer des Justizmords“. Tompson hatte während seiner Berliner Reise eine sensationelle Diskussion mit dem ausländischen Presseschef Hitlers, Dr. Hanstaengl, der in einem Wutausbruch drohte, Oxford anzuzünden zu lassen, weil die dortigen Professoren Hitler kritisieren. Tompson genießt in den Vereinigten Staaten außerordentliches Ansehen. Wir sind heute in der Lage, den Bericht über Tompsons Reise nach Berlin in vollem Umfang wiederzugeben.

Schon gestern hatten wir einen kurzen Vorbericht gebracht, der die „Saarbrücker Zeitung“ veranlaßte, sich bei Herrn Dr. Hanstaengl telefonisch ein Dementi zu bestellen. Selbstverständlich weiß Herr Dr. Hanstaengl nicht mehr, was er gesagt hat, und stellt Herrn Tompson als unglaubwürdig hin. Er scheint sich nicht mehr zu erinnern, daß er nun schon wiederholt ausländischen Kommissionen die bevorstehende Entlassung von prominenten politischen Gefangenen zugesagt und sein Versprechen dann nicht gehalten hat oder vielleicht nicht halten konnte. Wir überlassen es dem Urteil unserer Leser, wer mehr Glauben verdient: der nationalsozialistische Presseschef, der alle Verbrechen seiner Parteiführung gedeckt hat und von seinem Obersten Gerichtsherrn erschossen wird, wenn er „meutert“, d. h. die Wahrheit sagt, oder der angesehene unabhängige amerikanische Jurist Tompson, der von keinem anderen Motiv getrieben wird, als von dem Willen, dem Recht gequälter Menschen zu dienen.

Vor dem Thälmann-Prozess

Die Kommunitenprozesse, die gegenwärtig vor dem sogenannten „Volksgerichtshof“ durchgeführt werden, sind das Vorspiel zu dem großen Prozess, der gegen Ernst Thälmann, den Führer der Deutschen Kommunistischen Partei, vorbereitet wird. Die Nationalsozialisten wollen in Thälmann „den intellektuellen Urheber“ des Reichstagsbrandes unter Anklage stellen.

Ich habe bei den Behörden, sowohl beim Untersuchungsrichter wie im Propagandaministerium sechs mal interveniert, um Thälmann zu sehen. Das Verlangen wurde abgelehnt. Man wollte mich auf den November vertrösten. Aber auf den Termin für den Prozess wollte sich weder der Untersuchungsrichter noch das Propagandaministerium schleusen. Als ich angesichts dieser Haltung die Belästigung ausdrückte, daß Thälmann vielleicht nicht mehr am Leben sei, wurde mir versichert, daß Thälmann lebt.

Besuch beim „Volksgericht“

Als ich mein Interesse für den „Volksgerichtshof“ zeigte, wurde ich vom Vorsitzenden Nehn eingeladen, einer Sitzung dieses Gerichts beizuwohnen. Es wurde gerade gegen 15 Jungkommunisten verhandelt, die unter Hochverratsanklage standen, weil sie illegal ihre revolutionäre Arbeit fortsetzten. Mein Eindruck ist, daß dieses sogenannte Gericht eine Dunkelkammer des Justizmordes ist, bestimmt, die Verurteilung von kommunistischen Angeklagten unter allen Umständen zu liefern. Die Nazis sind offenbar von der Tätigkeit des Reichsgerichts in Leipzig enttäuscht, insbesondere nach dem Zusammenbruch der Reichstagsbrandanklage.

Wie ein gelpenischer Witz kommt es mir vor, daß drei von fünf Mitgliedern des Gerichts, das über kommunistische Angeklagte richten soll, nationalsozialistische Sturmtruppführer sind, deren Aufgabe es ist, jede Opposition zu vernichten, und deren Einstellung zu den Angeklagten notwendigerweise eine rein militärische ist.

Niemand darf den Sitzungen des „Volksgerichts“ beizuwohnen ohne besondere Erlaubnis des Vorsitzenden. Nur die Vertreter der deutschen Presse, die unter der Kontrolle des Propagandaministeriums stehen, sind anwesend. Ich sah einen „Verteidiger“ in Tätigkeit, oder, besser gesagt, ich sah ihn in

Nicht-Tätigkeit. Weder er noch der Staatsanwalt sprachen viel. Der Vorsitzende beherrschte allein die Verhandlung. Ich finde es, vom Rechtsstandpunkt aus gesehen, unerhört, daß das Gericht rückwirkend Recht sprechen kann, d. h., daß es etwas als Hochverrat ansehen kann, was, als die Tat begangen wurde, durch kein Gesetz verboten war.

Ohne Beweis

Einer der wichtigsten Gründe für die Einsetzung dieses Gerichts war die Abtötung aller Regeln und Gesetze der Beweisführung und Beweiswürdigung, die bisher in Welt und Nationen waren, abuschaffen. Seit Beginn des Hitlerregimes finden die nationalsozialistischen Ankläger die geistlichen Schuldmaßnahmen, die dem Angeklagten die Verteidigung ermöglichen, hinderlich. Die Strafprozedur mit ihren unerschöpflichen Beweismöglichkeiten, die Berufungsmöglichkeiten, kurz alles, was im normalen Rechtsleben zur Sicherung gegen Justizirrtümer und Justizmorde in der ganzen zivilisierten Welt als unumstößliche Regel aufgestellt wurde, hinderte die Nationalsozialisten, ihre Gegner unter dem Deckmantel des Rechts zu verfolgen. Sie haben nun einen „Rechtsbegriff“ geschaffen, nach dem Schuld oder Unschuld eines Menschen nicht von Tatsachen abhängig ist, sondern von seiner Einstellung zum nationalsozialistischen Staat.

Der Gefangene acht in die Verhandlung, ohne die geringste Kenntnis der Anklage, die gegen ihn erhoben wird. Er kennt nur die Anerkennung, die ihm bei seiner Verhaftung gemacht worden ist. Er weiß z. B., daß er wegen „Hochverrat“ angeklagt wird. Aber auf welche Tatsachen sich die Anklage stützt, erfährt er zum ersten Mal, wenn in der Verhandlung die Zeugen zu sprechen anfangen.

Menschenraub!

In diesem Zusammenhang muß man ein Wort über die Konzentrationslager sprechen. Tausende von Menschen werden ihren Familien entzogen, ohne jedes Verbrechen, ohne daß die Angehörigen wissen, wo sich die Verbleibenden überhaupt befinden. Sie sind einfach verschwunden. Dieser Menschenraub aber wird nicht nur Feinden des Nationalsozialismus gegenüber angewendet, sondern auch gegenüber Tausenden von Nationalsozialisten selbst, die aufgeführt haben, Hitler zu folgen.

Hanstaengl sagt endlich die Wahrheit!

Ich sprach u. a. mit Dr. Hanstaengl, Hitlers Freund und Presseschef für das Ausland. Er sprach davon, daß im Rahmen der Amnestie Odenk, Neubauer und Torgler freigelassen werden würden. Hanstaengl sagte aber hinzu: „Wenn diese Leute sich nicht entsprechend benehmen, werden sie an die Wand gehängt und erschossen.“ Ich antwortete mein Befremden über diese Drohungen, worauf Hanstaengl erklärte: „Warum reagieren Sie sich darüber auf? Gibt es nicht genug Lynchjustiz, Ermordungen und Menschenraub auch in Amerika? Er mußte Schweigen, als ich ihm den Unterschied auseinandersetzte. Dort werden die Taten von Verbrechen begangen, und hier von der Regierung. Hitlers Presseschef zeigte beträchtlichen Ärger, als ihm ein Veltartikel einer Londoner Zeitung gezeigt wurde, in der die Maßnahmen der Nazis kritisiert wurden. Er bekam einen Gulaschbruch und schrie: „Verflucht diese Oxford Professoren! Ich werde ihnen einige unserer Schwärze auf den Hals schiden, damit sie ihnen ihr Oxford niederbrennen!“

Das genügt mir. Ich glaube, meinem Relebericht nichts weiter hinzuzufügen zu müssen.

Neubauer

Das Martyrium eines Schwerkranken

London, 22. Sept. (Nuprch): Sir Howard, die Delegierte der englischen „Society of Friends“ ist von ihrer Reise nach Berlin zurückgekehrt, die sie unternommen hatte, um sich für die Befreiung des ehemaligen kommunistischen Abgeordneten Neubauer einzusetzen. Neubauer, so berichtet Sir Howard, befindet sich immer noch im Konzentrationslager von Esterwegen, nahe der holländischen Grenze. Sein Schicksal hängt sehr vom Reichsministerium ab. Der Druck des Auslandes sei das einzige Mittel, den schwerkranken Neubauer zu retten, nachdem Herr Hanstaengl erst seine Freilassung versprochen, dann aber mit der Begründung, es müsse ein neues Verfahren eingeleitet werden, sein Wort gebrochen hatte.

Die braune Müller-Kirche

Ein paar Tatsachen ohne Kommentar

Bei der Inthronisation des evangelischen Reichsbischofs Müller hatte jeder Teilnehmer den Eindruck einer nationalsozialistischen Veranstaltung. Im Festzug überwiegen auch braune und schwarze Uniformen. Hinter den Fahnen ging der Reichsbischof, von der Menge mit dem Hitlergruß ausgezeichnet. Der Akt kennzeichnete die Tatsache, daß das neue deutsche Evangelium ein Spezialgeheimnis des „dritten Reiches“ ist und mit ihm steht und fällt.

In seiner Predigt sagte der Reichsbischof, daß Christus das Fundament der Kirche sei, und daß die Kirche dem Staate dienen solle, wie dies Gottes Wille sei. Man müsse Gott dankbar sein, daß er dem deutschen Volke einen so großen Führer geschenkt habe...

Während mit dem üblichen Propagandaapparat der offizielle Amtsantritt des Reichsbischofs Müller in Szene gesetzt wurde, fanden überall im Reich Protestkundgebungen der oppositionell geklunten evangelischen Weiblichen statt. In Berlin-Tablem hatte z. B. Pastor Niemüller seine Predigt zur selben Stunde feierlich, als die offizielle Zeremonie stattfand. Die Predigt Niemüllers hatte einen Refordbesuch zu verzeichnen; eine dicke Menschenmenge, die in der Dahlemer Kirche seinen Platz mehr fand, sammelte sich in den Straßen der Umgebung.

In Ansbach und Gunzenhausen wurden dem bayerischen Bischof Meiser förmliche Ovationen bereitet. Meiser wandte sich in seiner sehr scharfen Rede gegen die Tätigkeit des Reichsbischofs. Nach seiner Rede fragte der Pfarrer von

Gunzenhausen die versammelte Gemeinde von der Kanzel herab, ob sie die Oppositionspolitik des bayerischen Bischofs gegen Müller gutheißt oder nicht. Die Gläubigen antworteten mit einem einstimmigen „Ja“. Anschließend daran leistete die Congregation einen Treueeid an Meiser, in dem sie sich verpflichtete, ihn in seinem Kampf vorbehaltlos zu unterstützen.

Wie steht es um das Konkordat?

Bisher aussichtslose Verhandlungen

Zugleich mit dem schlagenden Mißerfolg der offiziellen evangelischen Politik, sind auch die vor kurzem wiederangenen Verhandlungen mit dem päpstlichen Nuntius Pacelli über die Ausführungsbestimmungen des Konkordats ergebnislos verlaufen. Der Nuntius wird in den nächsten Tagen seine Reise nach Südamerika antreten und es besteht keine Hoffnung, die Verhandlungen bis dahin zu Ende zu bringen. Nach einem Bericht des Korrespondenten des „Daily Telegraph“ aus Berlin ist das Scheitern der letzten Verhandlungen zwischen den deutschen Bischöfen und den Vertretern der nationalsozialistischen Regierung über die Anwendung des Konkordats auf die direkte Intervention Hitlers zurückzuführen, der sich die Dinge „noch überlegen“ will. Die Haupt Schwierigkeit bildet die Forderung der Nationalsozialisten, die katholische Jugendbewegung aufzulösen, eine Forderung, die besonders auch von Hitler unterstützt wird, trotz der taktischen Vorteile, die sich vielleicht für die Abtötung an der Saar ergeben könnten.

Aushang der Abstimmungslisten

Wir machen unsere Leser auf die im Anzeigenteil der vorliegenden Ausgabe veröffentlichte amtliche Bekanntmachung über den öffentlichen Aushang der vorläufigen Abstimmungslisten in den verschiedenen Stadtteilen Saarbrückens aufmerksam.

Schimpfende braune Front

Unsere Antwort

Die braune Front ist nach ihren bisherigen Mißerfolgen auf eine neue Propagandamethode verfallen, deren Kennzeichen ihre besondere nationale Gewissenlosigkeit ist.

Wir wundern uns ja nicht, daß die Herren uns beschimpfen. Schimpfen erhält munter und hebt den schwachen Mut in trüben Zeiten. Es erschüttert uns auch nicht sonderlich, wenn sie uns Gefindel nennen. Wir möchten von der Partei der Dimpelmann und Weilstückler, offen gestanden, nicht gelobt werden — selbst wenn sie über den Verbleib der Gelder bei ihrem Winterhilfswerk sofort abgerechnet hätten. Es läßt uns schließlich kalt, daß sie uns mit Stawitsky vergleichen — zumal da, wenn wir uns recht erinnern, diesem Erzgauner zwar keine Beziehungen zu uns, wohl aber zu Herrn Köchling, dem Eisenmagnaten und Kassenmagnaten der braunen Front, nachgesagt worden sind.

Alle diese Schimpfereien verstehen wir sehr gut. Kinder singen im dunkeln, wenn sie Angst haben.

Wogegen wir uns aber wehren und was wir den Herren gründlich verfallen werden, das ist die von der braunen Front in ihrer offenkundigen Verzweiflung eingeschlagene Sabotagepolitik, die darauf angelegt ist, das Saargebiet schlankweg Frankreich in die Arme zu treiben.

Herr Pirro, der Leiter der braunen Front, hat am Sonntag erklärt, die Frage am 13. Januar laute: Wollt ihr Deutsche bleiben oder Franzosen werden? Herr Pirro weiß recht gut, daß das eine Lüge ist. Er weiß, daß eine sehr große Zahl von Männern und Frauen im Saargebiet Anhänger des Status quo sind. Wenn kein Wunder geschieht — es gibt aber im Saargebiet keinen brennbaren Reichstag — wird es am 13. Januar sogar die Mehrheit sein. Will Herr Pirro all diese deutschen Menschen, die zwar heiß für Deutschland, aber eiskalt gegen Hitler sind, als Franzosen erklären? Ja, er will es. Er tritt sie — wenn auch nur mit Worten, denn praktisch kann er es zum Glück nicht — an Frankreich ab. Damit liefert er den — allerdings wenigen — Franzosen, die immer noch gewisse Träume vom Saargebiet haben, geradezu Stichwort und Vorwand. Zudem er die auf jeden Fall zahlreicheren Anhänger eines hitlerfreien Deutschland an der Saar wider die Wahrheit und wider eigenes besseres Wissen als Franzosen denunziert, treibt er profranzösische Politik. Er schafft so die einigen hunderttausend Saarfranzosen, die es in Versailles noch nicht gab.

Ein frevelhaftes Spiel, das sich leider nicht nur an den Nazis rächen wird; ein Sabotagepiel, aber nicht aus eigener Tasche, sondern auf Kosten der deutschen Sache, die nicht allein die Sache der Herren Pirro, Köchling und Konforten ist. Um den sinkenden Kredit der Hitlerei zu retten, sehen sie den nationalen deutschen Bestand an der Saar wie leichtfertige Spekulanten aufs Spiel.

Denn wer heute noch behauptet, daß die Anhänger des Status quo Franzosen seien, der behauptet, daß vermutlich die Mehrheit, sicherlich aber eine starke Minderheit der Saarbewohner Franzosen seien. Es ist die alte perverse Nazimethode, die nur eine national minderwertige Partei in ihrer Verantwortungslosigkeit erfinden konnte: man stellt den politischen Gegner einfach als undeutsch

Widerhall in Frankreich

Paris, 25. September 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Der an der Saar einsetzende Abstimmungskampf beschäftigt die französische Presse außerordentlich, wie sie ja überhaupt der Saarfrage bereits seit einiger Zeit große Aufmerksamkeit schenkt.

Der „Petit Parisien“ meinte zu der Rede, die der Chef der „deutschen Front“, Pirro, als Auftakt zur Abstimmungskampagne am Sonntag gehalten hat, daß Pirros Ausführungen überaus auf ein sehr gläubiges Publikum eine starke Wirkung ausgeübt hätten, daß sie aber lediglich ein Musterbeispiel der hitlerischen Reden seien, die sich durch Unwahrheiten, Ungenauigkeiten, Veräberungen und Verdrehungen von Tatsachen auszeichneten. Pirro habe unter Hinweis auf die von der Saarkommission veröffentlichten Dokumente erklärt, die „deutsche Front“ würde nur legal handeln und die Befehle berücksichtigen, selbst wenn diese nicht immer angenehm sein sollten; er selbst aber habe sofort durch seinen Nachlass seine eigene Erklärung widerrufen, als er sagte: „Aber wir wollen uns nicht durch eine Schar von Emigranten schikanieren lassen, die glauben, daß wir zu ihrer Belustigung auf der Welt sind.“

Wenn man, so meint „Petit Parisien“, den Ausführungen des Herrn Pirro folge, so sei die Abstimmungsfrage: „Wollt ihr Deutsche bleiben oder Franzosen werden?“ Denn er bezeichnet den Status quo als eine Lösung des Imperialismus und des französischen Kapitalismus, die nur die Saarminnen und die strategischen Punkte der Saar betreffen wollten.

Was aber, so schließt „Petit Parisien“ seine Kritik der Pirrorede, Herr Pirro vergessen habe, zu sagen, sei, daß der Status quo im Versailler Vertrag bereits vorgesehen sei, daß die Hitlerereignisse in Deutschland, die Saarbewohner für den Status quo geneigt machten und daß die wenigen Emigranten, die im Saargebiet Zuflucht gefunden haben, nicht das Recht haben, mitzukommen.

„Excelsior“ meint, der Terror an der Saar wachse täglich. Das Blatt sagt, das bedeutendste Ereignis der letzten Tage sei wohl die Tatsache, daß alle hervorragenden Gegner Hitlers, die in der Stadt Völklingen wohnten, in ihren Briefkästen einen bestographierten Zettel fanden des In-

halts: „Du bist vorgemerkt! Güte Dich! Das Wahlscheitern ist nur Schwindel! Man habe auf diese Weise, so folgert der „Excelsior“ den antihitlerischen Netzen mitteln wollen, daß ihre Netze nicht weiter gezählt würden, wenn die Abstimmung vollzogen sei und sie in ihrer gegenwärtigen Haltung verharren. „Excelsior“ stellt dieser Kampfmethode die verhältnismäßige und logische der Anhänger des Status quo gegenüber, die durch Preisvergleichstafeln dem Publikum den Unterschied der Preise in der Saar und in Deutschland klar zu machen versuchten und nachwiesen, daß beispielsweise ein Brot in Deutschland 30 Pfennige, während es zur Zeit im Saarlande nur 26 Pfennige koste. „Wollt ihr Euch anhängern lassen?“ So fragten die Anhänger des Status quo. Aber das alles genüge ja nicht, sagt „Excelsior“, denn der Terror an der Saar habe in den letzten zwei Monaten um 75 Prozent zugenommen. An einem einzigen Tage nur habe bei den Nazis an der Saar Vermittlung und Panikstimmung geherrscht, so daß sie an Terror nicht mehr dachten, das sei der Tag gewesen, an dem der französische Außenminister Barthou den Völkerbund aufgefordert habe, energische Maßnahmen zu ergreifen. Herr Pirro und seine Freunde hätten mit ihrer Verhaftung (?) gerechnet; als aber am Morgen nach seiner Verhaftung Herr Anoy sich nicht gerührt hätte, sei die Jagd auf die Anhänger des Status quo in verärgertem Maße aufgenommen worden.

„Intransigent“ will dem Abstimmungsergebnis nicht vorgreifen. Das Blatt fordert aber völlige Unabhängigkeit und größte Ordnung für die Abstimmung und unbedingt Sicherheit des Wahlscheiterns. Es fügt ausdrücklich hinzu, Frankreich erhebe keinen Gebietsanspruch und werde auch nichts tun, um neues Gebiet zu erwerben. Für Deutschland aber sei die Wiederangliederung der Saar an das Reich von kapitalistischem Interesse.

Wenn man, wie Hitler es forderte, so meint „Intransigent“ die Saar an Deutschland ohne Volksabstimmung zurückzugeben hätte, so hätte man damit ein richtiges Attentat gegen den Versailler Vertrag begangen, der die Bestimmungen über den Versailler Vertrag enthalte. Frankreichs Vertragstreue allein sei maßgebend für seine Haltung. Der Völkerbund habe Pflichten, aber auch Frankreich habe solche, und es werde sich dieser nicht berauben und binnen kurzem erneut davon in Genuß reden.

hin. Was aber im innerdeutschen Kampf bloß eine gewissenlose Verleumdung war, wird im Saarkampf zu einer nationalen Gefahr.

Es muß mit Hitlers Sache im Reich und an der Saar schlimm stehen, wenn er solche bedenklichen Mittel notwendig hat.

Seit längerer Zeit schon verzichtet die braune Front darauf auf den alten Schwindel, daß drüben im Hitlerreich alles herrlich und wunderbar sei. Das krasse Gegenteil, das graue Elend, die hoffnungslose Niedergerücktheit von drüben sind hierzulande zu gut bekannt. Und auf die Stimmung an der Saar hat das mächtig gewirkt. Der Pfarrer Wilhelm hat uns den Gefallen getan und es in seiner Rede selber ausgeplaudert; er sprach sehr besorgt von einer „gewissen Psychose“, die sich der Bevölkerung bemächtigt, als ob „alle paar Wochen das deutsche Staatsystem zusammenstürze“. So woher in aller Welt mag das wohl kommen, daß das „deutsche Staatsystem“ (sprich: Hitlerei) so wackelig aussieht? Ganz im Vertrauen, Herr Pfarrer, und nur unter der Bedingung, daß sie es weitersagen: das „deutsche Staatsystem“ sieht deswegen so wackelig aus, weil es wackelt.

Wir lehnen es ab, in unserer nationalen Gesinnung verglichen zu werden mit Leuten, die die Deutschen Südtirols an die Italiener verkauft haben, die die Deutschen in Danzig, im Weichselkorridor und in Oberschlesien an die Polen verkauft haben, die drauf und dran sind, die Deutschen in Kärnten und im Banat an die Jugoslawen zu verkaufen und die außerdem aus besonderem Patriotismus Panzerplatten an die französische Kriegsmarine verkaufen. Von diesen Leuten ist nichts anderes zu erwarten, als daß sie auch die Deutschen des Saargebiets

an Frankreich verkaufen werden, wenn sie sich davon einen augenblicklichen politischen Vorteil versprechen.

Wir haben die nationale Gesinnung dieser Leute zu oft in allen Regenbogenfarben schillern sehen, als daß uns an ihrer Anerkennung etwas liegen oder ihr Schimpf uns kränken könnte. Daß sie unsern Kampf nicht begreifen, hoffen wir dringend; daß sie uns beschimpfen, ehrt uns. Wir aber wissen, was wir tun. Wir haben durch unsern Kampf dem 13. Januar einen Sinn gegeben, den immer mehr Menschen im Saargebiet jetzt erfassen. Am 13. Januar wird nicht entschieden, ob das Saargebiet deutsch ist. Diese Entscheidung ist längst gefallen, und zu irgendeinem nahen Zeitpunkt, wenn in Deutschland wieder das Verantwortungsbewußtsein an Stelle der nationalen Gewissenlosigkeit regiert, wird die Geschichte dieser Entscheidung auch äußerlich Rechnung tragen. Am 13. Januar wird auch nicht entschieden, ob Hitler das Saargebiet bekommt oder nicht; nein, es wird entschieden, ob er sich noch einige Zeit am Ruder hält oder ob er stürzt.

Am 13. Januar wird keine nationale Frage gelöst, weil es da nichts mehr zu lösen gibt. Am 13. Januar wird Politik gemacht. Am 13. Januar wird Hitler geschlagen. Das haben wir durch unsern Kampf klar gemacht.

Wenn am 13. Januar sich die Mehrheit des Saarpöbels gegen Hitler entscheidet, so wird das eine deutsche Mehrheit sein. Sie wird ihre Entscheidung treffen in dem stolzen Bewußtsein, daß sie, indem sie ihre Heimat schützt, zugleich Deutschland befreit hilft und Europa den Frieden sichert.

Diese Entscheidung lautet: für Deutschland — darum gegen Hitler.

Kommt Ludendorff nach Saarbrücken?

Man mag über den gewesenen deutschen Generalquartiermeister Erich Ludendorff denken, was man will. Man mag ihm vorwerfen, daß er 1918 als simpler Lindström nach Schweden tünzte, daß er sich von Dr. med. Mathilde von Kemmich, der wildgewordenen Wärsänglerin und Ritualmordschneidlerin, einwickeln ließ. Man mag sagen, daß sein Alleinherrschafttum im Großen Hauptquartier während entscheidender Monate in sehr starkem Maße zum unglücklichen Ausgang des Weltkrieges beigetragen habe. Man mag noch weiter gehen und behaupten, daß es eine unerhörte männliche Tragödie sei, wenn ein Mensch, ein Stratege von Bedeutung, schließlich sich zum Aushängeschild einer nach öffentlicher Anerkennung gierenden Frau freiwillig degradierte. Das eine wird man dem gewesenen General Erich Ludendorff nicht vorwerfen können, daß er jemals auf Speichellecker, Schleimbeutel und Hurrakreischer hereingefallen sei.

Diesem Mann, dessen Schuld nicht von den heute lebenden Generationen, sondern von den nachfolgenden Geschlechtern festgestellt werden wird („denn von der Parteien Haß und Gunst verwirrt, schwankt sein Charakterbild in der Geschichte“), muß attestiert werden, daß er aus seinem Ekel vor allen Personen, die der Wirbelwind nach 1918 an die Oberfläche der deutschen Politik trug, keinen Hehl gemacht hat.

Das letzte Mal wurde Ludendorffs Name als aktiver Mitgestalter dieser Zeit genannt, als er 1923 vor der Feldherrnhalle in München sich den Kugeln der Ordnungspolizei darbot, während der Putschherr Adolf Hitler feige sich auf die Seite schlich und in dem bereitstehenden Wagen tünzte.

Später wurde der SA. in ganz Deutschland erzählt, daß der Führer einen verwundeten — — Knaben aus der Feuerlinie gerettet und in ein Krankenhaus gebracht habe. Während er auf die Diagnose der Ärzte wartete (oh, welche Heldentat!), sei ihm mitgeteilt worden, daß „alles zusam-

mengeschossen“ wäre. Darauf habe Adolf seine „Autotour“ fortgesetzt, um sich später zu stellen.

Seit dieser Zeit hat Ludendorff nur noch bitteren Hohn für den ehemaligen Anstreicher aus Braunau am Inn, den „Tschedenstänmling“, übrig gehabt. In privaten Gesprächen hat er ihn stets einen „seligen Oesterreicher“ geheißen.

Seit 1923 ist Erich Ludendorff freiwillig tot. Er lebt schon jenseits der Grenze, wo nur noch der Haß und das Hassenkönnen als Gnade gewertet wird.

Unvergessen sei, daß dieser Mann immerhin eine Art Mannesstolz stets an den Tag gelegt hat.

Maximilian Harden erzählte zum Beispiel, daß ihm Ludendorff eine bezeichnende Szene aus dem Großen Hauptquartier mitgeteilt habe: Im Laufe der Frühjahrs-offensive 1918 sei in Gegenwart des Kaisers, Hindenburgs und des Generalstabschefs eine Depesche eingetroffen, wonach es den Engländern gelungen sei, einen deutschen Frontabschnitt zu durchbrechen. Hindenburg habe sich über die Karte gebeugt, Ludendorff aber habe den alten Herrn weggeschoben und in Gegenwart von SM. in brüskem Tone gesagt:

„Gehen Sie weg! Davon verstehen Sie doch nichts! Ich mache es schon allein!“

Die Gegnerschaft Ludendorffs gegen Hindenburg aber datierte von dem Tage ab, wo dieser ihn fallen ließ. Wenige Wochen, nachdem der Eckhart des deutschen Volkes seinem Ludendorff versichert hatte: „Ich stehe und falle mit Ihnen!“ ließ Hindenburg Ludendorff tatsächlich fallen, ohne selbst ins Souterrain zu gehen. Der Mann, der als dienstältester General für die Siege verantwortlich zeichnete, die andere für ihn errungen hatten, trennte sich von seinem engsten Mitarbeiter ohne viele Skrupel, er trennte sich von ihm mit derselben Leichtigkeit, wie von seinem „Maschinengewehrleutnant“ Heinrich Brüning, wie von dem General von Schleicher, wie von „seinem Rittmeister“ von Papen von der leichten Kavallerie.

Ludendorff hat, wir wollen es nicht leugnen, als einer der wenigen alten Offiziere, wenigstens in etwa, Haltung gezeigt. Er hat es abgelehnt, sich von dem Blender und

Schwäger von Doorn adeln zu lassen, er hat es abgelehnt, einen Heroenkult mitzumachen, dessen Pappmaché-Charakter ihm noch mehr als jedem anderen kritisch eingestellten Deutschen offenbar war.

Erich Ludendorff, der Einzelgänger, hat es abgelehnt, am Todestag des Reichspräsidenten von Hindenburg die Fahne seines Hauses in Tübingen auf Halbmast zu setzen!

Er hat — gegenüber einem ausländischen Journalisten — erklärt, seit 1918 habe er keinen Anlaß mehr gesehen, zu schlagen. Immerhin hat der General Ludendorff mehr Charakter gezeigt als der Führer der NSDAP. Erinnert sich vielleicht Herr Hitler noch an den peinigenden Augenblick, wo er aus dem Arbeitszimmer des Reichspräsidenten von Hindenburg und Beneckendorff im Jahre 1932 herausflog, wo ihm der „Held, der nach Walhall eingezogen ist“, noch nicht einmal einen Stuhl anbot, erinnert sich der Herr Hitler, der Reichsführer, der doch noch im Geiste den drohend erhobenen Arm des Neudecker Gratis-Schloßherrn sehen und die erklärenden Worte: „Machen Sie keine Dummheiten, Herr Hitler!“ hören muß, daran, daß seine Münchener Parteistelle damals den Befehl ausgab, mit allen Mitteln das „alte Kalkgebirge“ abzutragen? Erinnert sich Herr Hitler wirklich nicht mehr, daß damals dem gesamten Journalistenstab der Partei die Anweisung übermittelt wurde, die Altersschwäche des Reichspräsidenten v. Hindenburg durch „entsprechende Witze“ dem Volke deutlich zu machen? Erinnert sich Herr Hitler wirklich nicht mehr, daß damals aus der Briener Straße in München und aus der Blücherstraße in Berlin eine riesige Zahl von Artikeln verbreitet wurden, die nur allzusehr geeignet waren, das Volk zu veranlassen, in Zukunft das Schlachtenglück des Generalfeldmarschalls nicht ihm und auch nicht Gott, sondern seinen Untergebenen Ludendorff und Hofmann zuzuschreiben?

Herr Hitler erinnert sich nicht mehr. Er hat Hindenburg in Walhall eine Peilbe geschafft, während dieser doch als frommer protestantischer Christ im Himmel eine Freistadt für sein ewiges Leben erhoffte.

Wir haben nicht mit Herrn Hitler und nicht mit Herrn Hindenburg zu rechten. Auch Herr Ludendorff ist uns

Werden Versammlungsräume freigemacht?

Zwei wichtige Verordnungen der Abstimmungskommission

Saarbrücken, 24. September.

Die Abstimmungskommission hat zwei wichtige Verordnungen entworfen. Während der erste erst nach Erfüllung besonderer Formalitäten gegenüber dem Völkerbund veröffentlicht wird, erscheint die zweite Verordnung in den nächsten Tagen in einer Sonderausgabe des Amtsblattes der Regierungskommission.

Die erste Verordnung soll allen Abstimmungspar teien die Möglichkeit geben, Versammlungsorte zu benutzen. Wenn eine Partei nachweislich nicht in der Lage ist, Räume für ihre Abstimmungspropaganda zu erhalten, werden ihr solche — gegen angemessene Entschädigung der Inhaber — zur Verfügung gestellt.

Die zweite größere Verordnung enthält Ausführungsbestimmungen über das Verfahren bei Einsprüchen gegen die Eintragung in die Stimmlisten, die in Zusammenarbeit mit dem Obersten Abstimmungsgerichtshof ausgearbeitet worden sind. Einsprüche sollen nach Möglichkeit erleichtert und Hemmnisse in der Durchführung des Verfahrens beseitigt werden. Es sind besondere Formalien vorgeschrieben, die auch verschiedene Farben haben. Jeder Einspruch ist für sich allein auf einem Formular einzulegen. Mit Hilfe der verschiedenen Farben der Formulare kann im Dienstbetrieb mit Leichtigkeit festgestellt werden, zu wessen Zuständigkeit ein bestimmter Einspruch gehört, so daß die Abwicklung der Verfahren vereinfacht ist. Beachtung verdient vor allem eine Erweiterung des § 23 Abs. 2 der Wahlordnung, der festlegt, daß Einsprüche begründet, datiert und unterzeichnet sein müssen. Die neue Verordnung verlangt, daß der, welcher einen Einspruch einlegt, demjenigen, gegen den er ihn erhebt, durch eingeschriebenen Brief davon Mitteilung macht. Die Zustellung ist der Eingabe an das Kreisbüro der Abstimmungskommission beizulegen. Diese Bestimmung ist vor allem auf Betreiben des Abstimmungsgerichtes aufgenommen worden und soll es unmöglich machen, daß wer einen Einspruch gegen Eintragung in die Stimmliste erhebt sich verhehlen kann.

Keine Italiener?

Genf, 24. Sept. Die Meldung, laut welcher Mussolini seine Zustimmung zur Entsendung von 2000 Südtirolern ins Saargebiet gegeben habe, erregte hier ein gewisses Aufsehen, bis man feststellen konnte, daß sie auf einer Verwechslung beruht. In der Tat ist hier zwischen Knox sowie einigen Ministern und Delegierten, u. a. auch Aloisi, über die Verwechslung von Polizei für das Saargebiet gesprochen worden. Baron Aloisi hat sich auch bereit erklärt, die Anwerbung von deutschsprechenden Italienern, also Südtirolern, zu ermöglichen, doch ist es natürlich ausgeschlossen, daß für die Saarpolizei 2000 deutschsprechende Italiener entsandt werden. Es dürften lediglich einige Persönlichkeiten für Offiziers- und Unteroffiziersstellungen in Frage kommen und auch darüber wird noch insofern verhandelt, als die Fragen der Bezahlung und Unterbringung noch nicht geklärt sind.

Aber Schweizer?

Genf, 24. Sept. Der schweizerische Bundesrat hat Montagvormittag, wie von schweizerischer Seite verlautet, die Frage der Anwerbung von Schweizer Staatsbürgern für die Saarpolizei behandelt. Die Entscheidung wird aber noch geheimgehalten, da sie zunächst der Regierungskommission des Saargebietes und den Organen des Völkerbundes mitzuteilen werden soll.

gleichgültig. Aber es ist sehr interessant, daß diese zwispaltigen Meinungen auch in der Presse des Dritten Reiches zum Ausdruck kommen.

Ein Herr F. C. Holy, allen deutschen Journalisten als skrupelloser Ausbeuter der nationalsozialistischen Instinkte des Volkes bekannt, nimmt das Nichtflaggen Ludendorffs an Hindenburgs Todestag zum Anlaß, um in seinem „Fridericus“ gegen den Tübingen Villenbesitzer zu Felde zu ziehen:

„Ludendorff hat sich durch sein Verhalten den mit Recht verdachten Emigranten gesinnungsgemäß zugesellt.“ Dann erteilt der F. C. Holy Ludendorff den Rat, schleunigst ins Ausland zu verschwinden:

„Sondern das deutsche Volk wird volles Verständnis dafür haben, daß es Ludendorff daran liegt, auch äußerlich zu zeigen, daß er mit dem deutschen Volke nichts mehr gemein zu haben wünscht.“

Das hat die Redakteure der „Deutschen Zeitung“, des alldutschen Blattes in Berlin, hörbar verschnupft. Sie stürzen sich in der Nummer 200 vom 2. Scheidung (wer lacht?) auf den Holy und boxen ihn zurecht:

„Die Haltung des Generals Ludendorff . . . wird von keinem Nationalsozialisten gebilligt. (Das dürfte ein Irrtum sein, denn gerade in den Kreisen der alten SA. hat es anlässlich des Ablebens des Feldmarschalls unter dem Eindruck der noch lebendigen Kampagne des Jahres 1932 über die Bedeutung Hindenburgs als Strategie und Politiker nur eine einzige Meinung gegeben! — D. V.)

Herr Holy sollte aber nicht glauben, daß seine Attacke, die er hier reitet, etwa von allen gebilligt wird. Ganz abgesehen davon, daß man einen verdienstvollen Feldherrn unserer Nation, auch wenn man dieses oder jenes Verhalten von ihm nicht billigen kann, nicht mit den Emigranten auf eine Stufe zu stellen hat — es gibt Dinge, über die man in einem ernsthaften Volk mit Stillschweigen des Bedauerns hinweggeht, die man aber nicht, um eine knallige Schlagzeile zu haben, aller Welt zum Spott und Freude herauschreit. Es gibt tragische Dinge in der Geschichte eines Volkes, die man ruhen lassen sollte, statt seiner Zeitung ein Relief damit zu geben, daß man mit erhobenem Finger aufgelaufen kommt und noch extra auf sie hinweist. Man hat zu viel Takt, um sich darin zu gefallen, in alten Wunden herumzustochern und Dinge vor der Öffentlichkeit breit zu treten, die ebenso bedauerlich sind, wie sie tragisch sind. Im übrigen — mag er gemacht haben, was er will — Ludendorff hat sich schließlich um die Nation so weit verdient ge-

Und jetzt: die Saar

Die Enthüllungen der „Deutschen Freiheit“ über den Wahlbetrug

Brüssel, 24. September.

Das offizielle „XX. Siecle“ gibt ausführlich in einem großen Artikel die Enthüllungen der „Deutschen Freiheit“ über den Wahlbetrug des 19. August wieder. Das Blatt zitiert eine ganze Reihe von den von uns festgestellten Schiedungen und Terrorakten. Es sei erwähnt, so sagt das einflussreiche katholische Organ hinzu, daß es trotzdem noch fünf Millionen Reinslager gegeben habe.

In einem redaktionellen Kommentar werden nun Befürchtungen betreffend der Freiheit der Saarabstimmung ausgesprochen. Wir geben wörtlich wieder: „Es ist nicht weniger erstaunlich als die große Anzahl der Reinslager nämlich!, den Herrn Reichsaußenminister von Neurath bei seiner Rede auf dem Strahlenkongress erklären zu hören, daß die Saarabstimmung frei und unbeeinträchtigt vor sich gehen soll. Nach dem, was sich beim Volksentscheid vom 19. August ereignet hat, kann man sich eine Vorstellung machen von der Freiheit und der Unbeeinträchtigkeit, wenn man den Deutschen volle Handlungsfreiheit läßt.“

Diese Neuherungen des „XX. Siecle“ lassen klar erkennen, was man in belgischen Regierungskreisen von den hiterdeutschen Versprechungen hält.

Freie Vereinbarung

Zwischen Regierungskommission und „deutscher Front“

Saarbrücken, 24. Sept.

Die Regierungskommission, Direktion des Innern, teilt mit:

In der Bekanntgabe des Versammlungskalenders der Deutschen Front am Samstag, dem 22. September 1934 wurde die Behauptung aufgestellt, daß die zuhaltenden „Jahresversammlungen“ durch die langsame und verzögerte Genehmigung“ verhindert würden. Zur Vermeidung einer falschen Meinungsbildung wird bemerkt, daß diese Behauptung den Tatsachen nicht entspricht. Der Vertreter der Propagandaabteilung der Deutschen Front hatte Gelegenheit, sich persönlich von dem wahren Sachverhalt zu überzeugen.

Da in Saarbrücken sowie in Friedrichsthal nicht genügend Polizeikräfte zur Ueberwachung der vorgesehene Veranstaltung zur Verfügung standen, sind auf Grund einer freien Vereinbarung zwischen der Direktion des Innern und Herrn Weisen von der Propagandaabteilung der Deutschen Front in Saarbrücken drei Versammlungen und in Friedrichsthal eine Versammlung ausgefallen. Die von den Organen der Deutschen Front in ihren Kreisen aufgestellte Behauptung, diese Versammlungen seien von der Regierungskommission verboten worden, entspricht daher nicht den Tatsachen.

Weitergeben!

Weitergeben!

Werfen Sie die „Deutsche Freiheit“ nach dem Lesen nicht fort. Geben Sie das Blatt an Leute weiter, die der Aufklärung und Belehrung bedürfen!

macht, daß Herr Holy das Recht nicht zugestanden werden kann, in dieser Weise beschimpfend über ihn herzufallen.

Ich habe selbst seinerzeit, als der Nationalsozialismus sich durchpaukte, häufig genug mich gegen die Anhänger des Generals durchsetzen müssen, zum Teil ist dieser Kampf außerordentlich scharf gewesen, was ich aber immer als nicht der Würde des deutschen Volkes entsprechend empfinde, ist, wenn Leute, die nicht das gleiche geleistet haben, mit billigem Entrüstungsgeschrei über einen Größeren herfallen.

Was General Ludendorff gegen den entschlafenen Generalfeldmarschall auszumachen hat, möge er mit dessen gewaltigem Schatten, der der historischen Ewigkeit angehört, ausmachen vor seinem Gewissen. Herr Holy aber ist hier fehl am Platz; er ist zu klein dafür. Hier ist kein Platz für den Lärm eines Wochenblattes wie der „Fridericus“. Hier ist die einzig mögliche Haltung ernsthaftes Schweigen. Das deutsche Volk möchte nicht, daß hier kleines Gebalge bei zwei Namen einsetzt, die nicht mit den Gegensätzen ihrer späteren Jahre, sondern mit ihrer Verbundenheit im großen Kriege in die Weltgeschichte eingehen werden. Es gibt Dinge, die man anständigerweise übersieht, wenn ein großer Mann sie hegte, die man bedauert, die man mißbilligt, aber von denen man keine Schlagzeilen macht, und bei denen man niemals die Ehrfurcht vergißt, die beide Namen sich im Weltkrieg erworben haben.

Hindenburgs Größe steht in Ewigkeit vor der deutschen Nation — sie bedarf der Advokatur von Herrn F. C. Holy nicht. Auch sie ist größer, als er sie machen könnte. Es ist aber ein Gebot der Ritterlichkeit vor der Geschichte unseres Volkes, zu fordern, daß nicht Stillschweigen, die hier nicht am Platz sind, gegen einen Mann losgelassen werden, der einmal unserem Volke die größten Dienste geleistet hat. Wenn Größere Ludendorffs Verhalten mit Stillschweigen übergehen, weil sie dies für den richtigen Weg halten, dann hat auch jeder andere über diese Angelegenheit zu schweigen. Wenn Größere als er Dinge, die ein Mann tut, der seine Meriten um Deutschland hat, nicht sehen oder nicht beachten, weil sie dies offenbar für das Richtige halten, so ist auch Herr C. F. Holy nicht gebeten, solche Sachen auszugraben und an die große Glocke zu hängen. Das ist der einzig vernünftige Standpunkt in dieser traurigen Sache.“

Man kann nicht wissen, ob nicht Herr Holy doch stärker ist als die Redakteure des Justizrats Claß. Die Möglichkeit ist nicht von der Hand zu weisen, daß der General Ludendorff bald deutschen Boden verlassen muß, zumal ihn Hitler

Nazikreisleiter kündigt „Furchtbares“ an

„Sollte“ — „dann“

In dem offiziellen Hauptorgan der nationalsozialistischen „deutschen Front“ des Saargebietes, in dem Blatte ihres sogenannten Landesleiters Vitz, der „Deutschen Front“ vom Montag, dem 24. September, findet sich auf Seite 10 folgende ungeheuerliche Drohung des Neunkirchener Nazikreisleiters Weber:

„Niemand wird es Frankreich gelingen, die Grenze an den Rhein zu verlegen. Wir sind die Vorposten, oder wir müssen einfach verschwinden. Blutmäßig gehören wir zu Deutschland. Ari muß zu Ari, Blut zu Blut. 1935 kommt es zum Ausbruch: Alles für unser Deutschland! Sollte das Saargebiet verloren gehen, dann kann sich Furchtbares ereignen. Wir haben es in der Hand, das zu verhindern.“

Hier hat wieder einmal einer vor den Unterführern der braunen Gangsterbanden unvorsichtigerweise und allzu deutlich ausgesprochen, was die ganze Gesellschaft unter der Führung ihrer Häupter nicht will: Geschicht nicht ihr Wille, sondern geschicht das, was vertragsgemäß nach Recht und Gerechtigkeit geschehen muß, dann drohen sie mit Wut, Putz und — Krieg! Nun wissen wir zwar genau, daß die braunen Herrschaften gar nicht in der Lage sind, wegen des 18. Januar einen Krieg zu führen; dazu langt noch nicht und das ist den Aufrührern Dilliers, der Schwarzindustrie und der Reichswehr, die Saar auch vorläufig nicht wert. Aber worauf die Leute planmäßig hinarbeiten, das zeigt die dieser Meldung vorausgehende, in der gleichen Nummer mitgeteilte Erklärung des Neunkirchener Eisenwerks, daß 200 Arbeiter entlassen werden, um für 200 aus dem freiwilligen Arbeitsdienst zurückkommende militärisch ausgebildete und organisierte Putzschicht Arbeitsplätze zu beschaffen. Was die wirkliche Aufgabe dieser Leute an der Saar sein wird, das haben die von der Regierungskommission veröffentlichten und dem Völkerbundsrat vorgelegten Dokumente nur zu genau bewiesen:

Die sind die Putzschichtler, die für eine „Nacht der langen Messer“ an der Saar bereitgehalten werden, mit der Herr Hitler hofft, vor dem deutschen Volke seine tödliche Niederlage vom 18. Januar verschleiern zu können. Man will durch Putz und andere Erzeugnisse den Einmarsch einer Völkerbundsmacht provozieren, um nach vollzogener Nacht an den Hülsen Geiern der Saar eine Abstimmung zu ermöglichen und zugleich dem eigenen Volk vorzuhalten können, nur der Einmarsch von Truppen habe den Abstimmungstag Hitlers verhindert.

Das ist die Rechnung der braunen Verbrecher — und ein dummes Kreisleiter hat sie nur allzufröhlich überreicht!

Die „Ehrlichen“

Klein-Groteske aus Eppelborn

In der „Deutschen Front“ (25. Sept.) lesen wir:

Die Ortsgruppe Eppelborn mit den umliegenden Ortsteilen Dabach, Dierleib, Dabach, Calmesweiler, Maderbach hatte ihre Mitglieder zu einer großen Kundgebung eingeladen. Wie immer bei diesen Veranstaltungen, war der Besuch überaus stark. Schon vor der festgesetzten Zeit waren die Säle bei Alois Storz und bei Wilhelm Bades bis auf den letzten Platz gefüllt. Im Mittelpunkt der von Musik und Gesang umrahmten Veranstaltung standen die Reden von Kreispropagandaleiter Schäfer und Kreisorganisationsleiter Dr. Seifsa.

Die Ausführungen wurden durch den Organisationsleiter der Ortsgruppe Eppelborn voll unterstützt, der auf einer Reise durch Deutschland festgestellt habe, daß gerade ehrliche Katholiken dankbar seien, daß der Führer wieder echtes Christentum unter Beweis stelle.“

Also in Eppelborn. Der hübsche Name des Ortes klingt wie eine Satire auf diese „ehrlichen“ Katholiken.

selbst als Kronzeugen seiner Feigheit am 9. November 1923 nicht kaufen kann.

Es sei dann, daß Herr Erich Ludendorff das Schicksal des Stabschefs Ernst Röhm teilt.

Jedenfalls ist der Artikel der „Deutschen Zeitung“ ein Alarmruf, dem General nichts zu tun und ihn seiner Wege gehen zu lassen. Das Herausstreichen seiner Verdienste spricht Bände.

Wenn aber Ludendorff ins Ausland muß, dann ist anzunehmen, daß er den letzten Rest deutschen Bodens betritt, der heute sich der Herrschaft des Herrn Adolf Hitler aus Braunau am Inn und vor seiner Kanzlerschaft Regierungsrat in Braunschweig entzieht: das deutsche Saargebiet. Wir können uns schlecht vorstellen, daß Erich Ludendorff wiederum nach Schweden geht und dort blaue Brillen anfrägt.

Hier, unter uns, wird er seinen ganzen Abscheu gegen das Dritte Reich und seine Repräsentanten Ausdruck geben können. Hier wird er, unter der Völkerbundsregierung, seine Meinung frei und offen äußern können.

Außerdem kann er in voller Ruhe seine Pension verzehren, die ihm nach der geltenden deutschen Gesetzgebung weder nach Paris, noch nach London, noch nach Amsterdam oder Buenos Aires nachgesandt würde.

Wir sehen heute schon den Empfang dieses prominenten „Emigranten“ auf dem Saarbrücker Hauptbahnhof. Zweifel sind nicht erlaubt, daß der Saarbrücker Oberbürgermeister sich die Ehren entgegen läßt, unseren neuen Gast aufrichtig zu bewillkommen.

Man könnte sogar dem Beispiel Hannovers im Falle Hindenburgs nachzueifern und Erich Ludendorff eine Staden-Villa zur Verfügung stellen.

„Emigrant“ ist der Ausdruck, den der deutsche Rundfunk, die deutsche Presse und der deutsche Reichsführer für alle jene Personen parat halten, die das Saargebiet aufsuchen, um sich hier dauernd niederzulassen. Das aber ist eine durchaus unzutreffende, eine unlogische Bezeichnung. Denn der Begriff der Emigration setzt stets voraus, daß Bewohner eines Landes aus politischen Gründen in einen fremden Staat sich begeben.

Da aber die Saar deutsches Land ist und nur den Willen hat, sich solange zu emanzipieren, bis Herr Hitler sein Spiel zu Ende gespielt und verloren hat, so ist Herr Ludendorff in Saarbrücken nicht als Emigrant, sondern als Deutscher willkommen.

Wir werden es an der nötigen Achtung bestimmt nicht fehlen lassen!

Na-zich!

Rüstungs-Industrie auf der Anklagebank

III.

J. H. Die Curtiss Wright Export Corporation ist die Tochtergesellschaft der weltberühmten

Curtiss-Wright Aeroplane Company,

und als solche ist sie durch Aktienbeteiligungen und Personalunion der Verwaltungsräte mit anderen weltbekannten Unternehmungen wie der

General Motors Company,

der Dupont Powder Company und einer ganzen Anzahl anderer Gesellschaften verbunden. Die Kontrolle, die durch diese Konzernverflechtung über das gesamte amerikanische Flugwesen ausgeübt wird, wurde dem Senatskomitee durch eine Karte anschaulich gemacht. Das Komitee prüfte die Tätigkeit der Export Corporation in

Griechenland, Peru, Bolivien, China, Argentinien, der Schweiz und Mexiko.

Wie andere Gesellschaften der Rüstungsindustrie, so griff auch diese zur Methode der Provisionen für „Bermittler“, und Empfänger solcher Kommissionen waren auch in diesem Falle Beamte verschiedener Regierungen. Zu Anfang der Verhandlungen hatten die als Zeugen geladenen Vertreter der Export Corporation vornehmlich auf die Akquisitionen der Konkurrenz verächtlich herabgesehen. Aber diese moralische Ueberlegenheit schwand in dem Maße, als die Korrespondenz vorgelesen wurde, und ging vollends verloren, als ein Schreiben von Mr. John Allard, dem Präsidenten der Export Corporation, an Mr. Yurdette Wright, ein Verwaltungsratsmitglied der Flugzeuggesellschaft, ans Licht gezogen wurde. Ein gewisser Mr. Gordon Enders hatte sich wegen Bestellungen für China an Mr. Wright gemeldet, und als Mr. Allard erfuhr, daß Wright es abgelehnt hatte, sich mit jenem Enders einzulassen, da dieser er, „Jach“, an seinen „lieben Burdie“ (Wright):

Ich gebe ja zu, daß die Transaktion moralisch sehr fragwürdig ist, aber nach allem, was ich höre, sind die meisten chinesischen Geschäfte unmoralisch, und die Aussicht auf das chinesische Geschäft, das Enders offenbar an der Hand hatte, hätte mich doch gereizt. Das ist natürlich nicht offiziell, sondern vertraulich zwischen dir und mir. Ich meine, wenn Enders mit Bargeld hereingekommen wäre, um eine Menge Flugmaterial für China zu kaufen, und das Staatsdepartement hätte uns die Bewilligung erteilt, dann würde ich mich nicht so sehr darum kümmern, wer Enders ist, sofern ich bares Geld bekomme und das Staatsdepartement die Verschiffung der Flugzeuge erlaube. — Wie die Dinge liegen, erhielten wir nicht die Möglichkeit, mit ihm ins Geschäft zu kommen. Wir können also hoffnungslos sagen, mit Venten seines Schlags wollten wir weder nichts zu tun haben. Aber im Grunde nämlich hätten den Auftrag bekommen.

Diplomatische Intervention

In diesem Stadium verzögerten sich die Verhandlungen, weil Staatssekretär Hull die Herren vom Senatskomitee — natürlich nicht offiziell, sondern gemächlich beim Lunch — von den Protokollschritten in Kenntnis setzte, die diplomatische Vertreter verschiedener Staaten unternommen hatten. Der argentinische Botschafter beschwerte sich darüber, daß Senator Bone den Admiral Jmael Galindez, Chef der 1927 nach Europa entsandten argentinischen Marinedivision, erwähnt hatte. Der britische Botschafter protestierte gegen die Art, in der das Senatskomitee gewisse auf Großbritannien sich beziehende Zeugenaussagen behandelt hatte. Der Name des Königs von England war nämlich erwähnt worden. Die Demarche des Botschafters in Washington wurde unterstützt durch eine Unterredung, die der Chef des Auswärtigen Amtes in London gleichzeitig mit dem amerikanischen Geschäftsträger hatte. Der chilenische Gesandte wurde in Washington ebenfalls vorstellig, und vermutlich auch der bolivianische. Denn bei der Untersuchung der Geschäftsmethoden von Curtiss-Wright kam zur Sprache, daß der Vertreter dieser Firma dem bolivianischen Generalkontrollleur Lopez fünf Prozent Provision in Aussicht gestellt hatte. Die Zuckerwerke

und Bickers-Armstrong sollen Lopez ein Mehrfaches angeboten haben, nämlich zehn Prozent für Flugzeuge und zwanzig Prozent für nachträglich gelieferte Ersatzteile.

Diese diplomatischen Interventionen veranlaßten Senator Aye, den Vorsitzenden des Komitees, zu Klarstellungen. In einem für die Öffentlichkeit bestimmten Schreiben an Staatssekretär Hull erklärte Aye, die Erwähnung „hochgestellter Persönlichkeiten in anderen Ländern“ — die Anspielung auf den englischen Souverän war unverkennbar — bedeute natürlich keineswegs einen Beweis der Beteiligung. In diesen Fällen möge es sich um dummes Agentengeschwätz handeln. Das Komitee wolle lediglich die Wahrheit erforschen. Daß es ihm damit ernst bleibe, bekräftigte Senator Aye später gegenüber Pressevertretern. Das Komitee werde, so sagte er, die Nachforschungen der internationalen Rüstungsindustrie unnahezu ausschließlich bloßstellen. Wir denken nicht daran, die Namen führender Persönlichkeiten, die in das Netz von Intrigen und Bespitzelungen verwickelt sind, geheim zu halten.

Das Komitee wandte sich darauf der Tätigkeit der Dupont Powder Company zu, die vergeblich um Verhandlung hinter geschlossenen Türen ersucht hatte. Der offizielle Name der Gesellschaft lautet Great Delaware Powder Company. Sie wird von den Duponts, den drei Brüdern Lamont, Pierre, Irene und ihrem Vetter Felix, geleitet.

Zunächst wurden die engen Beziehungen zwischen der

Dupont Company und Imperial Chemical Industries,

dem führenden chemischen Konzern Englands, untersucht. Das Verhältnis der beiden Gesellschaften ist in einer Reihe von Abkommen geregelt, die den Austausch von Informationen über Patente und geheime Herstellungsverfahren, den Verkauf amerikanischer Schießbaumwolle und britischer Korridits betreffen. Anspruch der amerikanischen bzw. britischen Regierung genügt nach den Vertragsbestimmungen, um Informationen vorzuhalten. Es wurde erklärt, Dupont sei an der Imperial Chemical nicht beteiligt. Die „unbeträchtliche“ Aktienbeteiligung der Imperial Chemical an Dupont, die 1918 bestand, ist buchnäßig heute nicht mehr vorhanden. Wichtiger ist indessen die Aufstellung des Weltmarkts zwischen den beiden Gesellschaften. Um einander nicht mehr zu konkurrenzieren und das Preisdiktat zu erlangen, erhielt Dupont das ausschließliche Verkaufsrecht für hochbrillante Explosivstoffe in Europa und Südamerika, während der asiatische Markt für die englische I. C. I. reserviert wurde. Für jedes Geschäft zahlte die begünstigte Gesellschaft eine Kommission an die betreffende Unternehmung.

Die Kriegsgewinne der Dupont interessierten das Komitee ganz besonders. Senator Bone legte für die vier Kriegsjahre eine Zusammenstellung des investierten Kapitals und der ausgezahlten Dividenden vor. Pierre Dupont suchte die Berechnung des Kapitals an. Die Regierungsvorschüsse, so führte er aus, seien nicht darin enthalten, das Kapital sei also viel größer, als Senator Bone behauptete, und somit die in den Dividenden ausgedrückte Verzinsung viel geringer. Senator Bone setzte die Gewinne Duponts auf 458 Prozent an. Jedenfalls behauptete die Gesellschaft einen großen Teil der Gewinne zu Reinvestitionen, so daß sie heute eine beherrschende Stellung in Amerika einnimmt. Die Brüder Dupont betonten dagegen hartnäckig, es sei nicht Profit, sondern in der Hauptsache neues Kapital angelegt worden.

Wieder verzögerten sich die Verhandlungen, weil Staatssekretär Hull zum zweitenmal intervenierte, diesmal begleitet vom Handelsminister Roper. Das Einschreiten des letzteren wurde auf den Wunsch der amerikanischen Regierung zurückgeführt, es möchte nicht mehr die guten Dienste erwähnt werden, welche die amerikanischen Handelsaltachtes den Rüstungsfirmen erwiesen haben. Staatssekretär Hull scheint, wie aus einer Bemerkung hervorging, besorgt gewesen zu sein, daß die Enthüllungen die Beziehungen zu anderen Staaten gefährden könnten. Zum mindesten steht fest, daß die amerikanische Rüstungsindustrie durch die Verhandlungen des Senatskomitees in ihren Geschäftsinteressen bereits

geschädigt worden ist. Das chilenische Kriegsministerium, das eben jetzt Bestellungen zu vergeben hat, hat verfügt, das Offerten amerikanischer Firmen nicht berücksichtigt werden dürfen. Wie sehr sich die Lage zuspitzte, geht auch daraus hervor, daß fünf Kabel nicht vorgelesen und nicht protokolliert wurden, weil das „Gefährdung von Leben und Eigentum in einem gewissen südamerikanischen Staat“ bedeutet hätte.

Trotz der Beschränkung, die sich das Komitee offensichtlich auferlegte, erfuhr man einiges über die Nachforschungen der Delaware-Company. Um die Respektabilität des Hauses zu unterstreichen, wurde an Lamont Dupont die Frage gerichtet, ob er als Chef der Gesellschaft von allen Handlungen seiner Angestellten Kenntnis habe. Dupont erklärte, das sei unmöglich. Darauf wurden zahlreiche Briefe vorgelesen, aus denen sich folgendes ergab: Ausländische Agenten vertraten Dupont und zugleich die mit dieser Firma liierten ausländischen Gesellschaften. In ihrer Doppelseigenschaft konnten diese Vertreter einerseits das amerikanische Embargo auf Munitionsversandungen innehalten, andererseits den kriegsführenden Ländern britische Bezugsquellen angeben. Sie konnten chinesische Generale Provisionen anbieten, um Bestellungen zu fördern, während ihre Prinzipale mit Japan über den Verkauf eines Stickstoffverfahrens verhandelten, das der japanischen Landwirtschaft zugutekommen sollte, aber auch die Herstellung von Munition „verbilligte“.

Im Jahre 1918 plante die argentinische Regierung den Bau einer Pulverfabrik, die übrigens heute noch nicht errichtet ist. An jenes Projekt knüpften sich zahlreiche Intrigen, die durch das Verhör von Mr. J. E. Bates, des Vertreters der Dupont und der Imperial Chemical Industries in Buenos Aires, nicht ganz geklärt werden konnten. So viel steht jedoch fest, daß eine deutsche Firma sich um den Bau der Pulverfabrik bemah und auch einen Kontrakt nach dem andern abschloß, daß dann aber ein geheimnisvoller Herr auftauchte — mit Beziehungen zum Sohn eines Präsidenten von Argentinien — und sich dafür entschuldigen ließ, daß der Kontrakt nicht ausgeführt wurde. Die Interessenten, in deren Sold dieser Herr sich begab, sahen es offenbar lieber, daß Argentinien seinen Bedarf an Pulver nicht durch heimische Produktion, sondern durch Import aus dem Ausland deckte.

Das europäische Geschäft Duponts wurde durch das Verhör des Majors Casen, des Chefs der Pulverabteilung, beleuchtet. Ein Vertreter in Europa schrieb an Casen:

Die Flugschiffe treiben erheblichen Schmuggel, besonders in Waffen aus Amerika. Waffen jeder Art werden in der Schelde auf Flugschiffen umgeladen, bevor die Schiffe in Antwerpen ankommen. Dann kann die Fracht ohne polizeiliche Inspektion oder Begehung durch Holland gebracht werden. Nazis und Kommunisten sollen auf diese Weise Waffen bekommen.

Ein nicht unterzeichnetes, aber gültiges „Gentlemen's Agreement“ zwischen

Dupont und der deutschen Sprengstoff-AG.

wurde in das Verhandlungsprotokoll aufgenommen. Lamont Dupont wiederholte zwar immer wieder, daß dieses Abkommen nur kommerzielle und keine militärischen Sprengstoffe betreffe, aber Senator Clark kam nach einem langen Kreuzverhör zum Schluß, daß Deutschland, „wenn es morgen in militärischer Sinne aktiv würde, gestärkt wäre durch Herstellungsverfahren und Patente“, die es sich von einer amerikanischen Firma gesichert hat.

Damit wurde ein Zipfelfchen des Vorhangs gelüftet, hinter dem die internationale Rüstungsindustrie die militärische „Gleichberechtigung Deutschlands“ betreibt. Daß die Reichsregierung sich mit aller Macht auf den Krieg vorbereitet, ist bekannt. In welchem Umfang sie dabei von der internationalen Rüstungsindustrie unterstützt wird, davon erhielt man wenigstens eine Vorstellung durch die weiteren Verhandlungen des Senatskomitees, die sich auf die deutschen Luftküstungen bezogen. Davon handelt das nächste Kapitel unseres Berichtes.

Alles auf den Index!

Die Bücher der angeblich an der Röhmer-Revolution Beteiligten werden geächtet und müssen „zurückgezogen“ werden...

Der gleichgeschaltete Börsenverein der deutschen Buchhändler hatte, wie wir seinerzeit mitteilten, seine Mitglieder ersucht, die Bücher von Personen, die an der Röhmer-Revolution beteiligt waren, aus dem Buchhandel zurückzuziehen. Das sächsische Kultus- und das sächsische Wirtschaftsministerium haben jetzt gemeinsam folgende, in derselben Richtung liegende Verordnung erlassen:

Bücher, Schriften und Aufsätze, die von den an der Röhmer-Revolution Beteiligten verfaßt worden sind, sind aus den Beständen der Volksbibliotheken, der Schulbibliotheken und der wissenschaftlichen Bibliotheken zurückzuziehen. Es kommen in erster Linie die nachstehend aufgeführten Bücher in Betracht:

- H. v. W. u. A. Almanach der nationalsozialistischen Revolution. Beiträge von Ernst und Röhmer.
- Bohmer, Adolf, Adolf Hitler und seine Getreuen an der Arbeit. 1933. Verlag August Scherl, Berlin.
- Caro, Kurt und Dehmel, Walter, Schleibers Aufstieg. Ein Beitrag zur Geschichte der Germanenrevolution, 1933. Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.
- Geck, Joseph, Friedrich Adolf Hitler und sein Stab. 1934. Verlag Gerhard F. v. S. u. Co. Berlin.
- Geck, Joseph, Die Gruppenführer der nationalsozialistischen Bewegung. 1934. Verlag Ernst Rowohlt, Berlin.
- Hendebredt, Hans Peter v. Die Wehrwölfe, 1931. R. K. Köhler-Verlag, Leipzig.
- Suetacebrune, Walter, Kampf um Röhmer, 1932. Verlag J. C. Huber, Tübingen-München.

Die Rabne hoch! Nr. 18; Stadtschel Röhmer. Herausgegeben von Gerke-Rover, 1933. Neues Verlagshaus für Volksliteratur, Berlin.

Röhmer, Ernst, Die Geschichte eines Hochverrats, 1933. Verlag Ernst Rowohlt, München.

Röhmer, Ernst, Die nationalsozialistische Revolution und die SA. 1934. Verlag Müller u. Sohn, Berlin.

Straßer, Oscar, Kampf um Deutschland, 1932. Verlag Ernst Rowohlt, München.

Die aus den Volksbibliotheken und Schulbibliotheken zurückgezogenen Werke dieser Liste sind zu vernichten. Soweit im übrigen einwandfreie Bücher vorworte tragen, die von den an der Revolution Beteiligten geschrieben worden sind, sind diese Stellen zu entfernen. Als Beispiel wird das Buch von Koeniger: Braune Kolonne genannt, das ein Vorwort des ehemaligen Gruppenführers Ernst trägt.

Vor der Vernichtung von Schriften, die in der vorstehenden Zusammenfassung nicht aufgeführt sind, ist die Entscheidung des Ministeriums für Volksbildung einzubolen.

Die Liste weist einige Namen auf, die bisher weniger öffentlich genannt wurden. Wull H. v. hat eine Reihe von Büchern geschrieben, die die nationalsozialistische Idee als die Erweckerin germanischer Artungen begeistern. Erich Geck-Johberg war der offizielle Geschichtsschreiber Adolf Hitlers, trotz (oder wegen?) seiner tatsächlichen Abkunft vom „Führer“ besonders legitimiert. Er gab seinem Biographen sogar Einblicke in die privatesten

Dinge. Auch der Rechtsanwalt V. u. e. (der irgendwo in einem Konzentrationslager sitzt, falls er noch lebt) gehört in die Reihe bemerkenswerter nationalsozialistischer Persönlichkeiten. Als Verteidiger von nicht unbedeutenden Graden hat er in großen Prozessen seinen Mann gestanden. Nach der Machtübergang wurde er preussischer Justizkommissar. Hans Peter v. Hendebredt, der „Wehrwolf“, pommerischer Gauführer, gehört zu den Erschienenen des 30. Juni. Heber Röhmer und Straßer braucht nichts gesagt zu werden. Ihre Verleihen verwesen bereits.

Die Verordnung aus Sachsen wird, wir zweifeln nicht daran, bald im ganzen Osterrreich „rechts“ sein.

Soltzen a's Führer-Ersatz

Berlin, 24. Sept. (Zupress.) Die Kuriazi-Nagorettenfabrik Hamburg hat seit einiger Zeit ihren 25-Stück-Padungen kleine Geschenkbildchen beigelegt, die von den Rauchern gesammelt und in Alben eingelebt werden sollten. Die letzte dieser Serien hieß: „Männer um den Führer“. Neuerdings aber finden die Kuriazi-Käufer an Stelle von Bildern den folgenden Zettel in den Padungen:

„Die Ereignisse des 30. Juni 1934 nehmen nun die Möglichkeit, unsere Bilder-Serie „Männer um den Führer“ nach dem Tode vom Januar 1934 zu beenden und das vorerwähnte Sammelalbum herauszubringen. Wir bitten daher unsere Padungen Planener Spitzen-Bildereien bei.“

Goebbels als Zeitwort

London, 24. Sept. (Zupress.) Die Zeitschrift „Time and Tide“ hat einen Wettbewerb zur Bildung neuer englischer Worte ausgeschrieben. Den ersten Preis erhielt der Erfinder des neuen englischen Zeitwortes goebdel — goebdelin, was nach der Definition des Erfinders bedeuten soll: „ohne zu fragen alles hinunterschlucken, was uns eradit wird“.

November 1923

Ein Kapitel aus dem Neudruck von Lion Feuchtwangers „Erfolg“

Im rührigen Querido-Verlag in Amsterdam erscheint in Neudruck Ende dieses Monats Lion Feuchtwangers Roman „Erfolg“. Das Werk gibt eine bewegte, von leidenschaftlicher Parteinahme erfüllte Darstellung der politischen und menschlichen Situation Münchens in und nach den Tagen des Hitler-Putsches von 1923. Die Gestalten des Romans haben ihre Gültigkeit behalten. Man erkennt einige von ihnen wieder: in den verschiedensten Positionen im „dritten Reich“.

Wir geben hier ein besonders anschauliches Kapitel wieder:

nordische List gegen nordische List

Der Staatskommissar Dr. Flaucher arbeitete zielbewußt an der Ausführung seines neuen Planes. Es war eine vom Himmel gesendete Eingebung, die notwendige Preisgabe der wahrhaft Deutschen als freiwilligen Entschluß hinzustellen, sie gegen das Zugeständnis bayrischer Reservatrechte an das Reich zu verkaufen. Ums Leben gern hätte er den Kleink wissen lassen, was er da für ein großartiges Ei gelegt hat. Wenn der Kleink von dieser wahrhaft staatsmännischen Idee hörte, dann, endlich, mußte er ihn für voll nehmen. Aber es war kein Verlaß auf den Kleink; man konnte nicht sicher sein, ob er nicht hinging und tratschte. Flaucher mußte sich leider gedulden und zulassen, daß Kleink ihn noch ein paar Tage für einen Trottel hielt.

Eilig, doch umsichtig traf er seine Vorbereitungen. Am 9. November wollte er die entscheidenden Verordnungen gegen die Wahrhaft Deutschen erlassen. In der Rede, die er in der Versammlung am 8. November halten wird, wollte er den Bruch ankündigen und weltanschaulich begründen. Diese Rede sollte eine Absage an die Patrioten sein, ein Angebot für Berlin.

Vorsichtshalber, um die Wahrhaft Deutschen in Sicherheit zu wiegen, hat er sie für den Nachmittag des 8. November nochmals zu sich. Die Zusammenkunft verlief sehr freundlich, man stellte fest, daß man über die letzten Ziele durchaus einer Meinung sei. An diesem 8. November sagte Flaucher, der für heute abend seinen Schlag gegen die Patrioten plante, ihnen mit nordischer List zu, daß er am 12. gemeinsam mit ihnen vorgehen wolle. Die Patrioten, die den Putsch auch für heute abend planten, versprachen ihrerseits mit nordischer List dem Flaucher, daß sie bis zum 12. warten würden. Man trennte sich im besten Einvernehmen.

Als dann der Abend da war, hielt, im Saal des Kapuzinerbräu, der Generalstaatskommissar Flaucher die langerwartete große Rede zur Lage. Alle vaterländischen Vereine waren geladen, der riesige Saal war gefüllt bis auf den letzten Platz. Einleitend sprach Flaucher über die zersetzenden Wirkungen des Marxismus. Einziges Mittel dagegen sei Ordnung, eiserne Disziplin. Er hob die Stimme, er wollte seine These verkünden: von allen somit, auch von den bestgesinnten Patrioten, sei zu fordern unbedingte Unterordnung unter die gottgewollten Organe des Staates, unter die Regierung, unter den Staatskommissar, unter ihn.

Da, an der entscheidenden Stelle seiner Rede, wurde er unliebsam unterbrochen durch Unruhe am Saaleingang. Kommandos, Geschrei, ein Schuß. Mit rauchender Pistole auf einmal steht neben ihm auf der Rednertribüne der Führer Rupert Kugner. Er trägt einen neuen, streng geschnittenen, uniformartigen Sportrock. Um den Hals hat er einen weißen, gestärkten, sehr hohen Kragen; scharf bis zum Nacken trennt sein Scheitel die Haare. Auf der Brust trägt er ein geschweiftes Kreuz aus Eisen, eine Kriegsauszeichnung, verliehen nur für die Erreichung sehr hoher Ämter oder sehr großen Reichtums und für wirkliche Heldentaten. In der Hand die Pistole hält er hoch erhoben. So stand auf der Bühne des Münchner Hoftheaters der Schauspieler Konrad Stolzinger vor dem Adel Genuas, verkündend den Sturz der Tyrannei, in der Rolle des Grafen Fiesco von Lavagna, einer Figur des Bühnendichters Schiller.

Den bestürzten, erhiterten Flaucher leicht beiseite schob Rupert Kugner. Dem totenstillen Saal mit schmetternder Stimme verkündete er: „Die nationale Revolution ist ausgebrochen. Der Saal ist von sechshundert Schwerbewaffneten umzingelt. Reichswehr und Landespolizei unter unsern Fahnen sind im Anmarsch. Die bayrische Regierung und die Reichsregierung sind abgesetzt. Eine provisorische Regierung unter meiner Leitung wird gebildet. Der Morgen findet entweder eine deutsche nationale Regierung oder mich tot.“ Dann, mit starker Stimme, befahl er: „Maßkrug her.“ trank tief.

Ungeheurer Beifall knatterte hoch. Viele hatten Tränen in den Augen. Begeistert schauten sie auf Rupert Kugner, voll des gleichen Gefühls wie in der beliebten Oper Lohengrin, wenn auf silbernem Schwan einer heranzieht, um im letzten Augenblick Erlösung aus allen Nöten zu bringen.

Der Flaucher, als er den Schuß hörte, als er den geschwehrt Menschen mit der rauchenden Pistole in der Hand auf dem Podium sah, als die Stimme hinaustrumpete unter dem winzigen Schnurrbart, erkannte blickklar, daß jetzt auch sein zweiter Plan hinunterschwamm. Der Hund hat ihn angeschmiert mit seinen Loyalitätshetzerungen, der Hund ist ihm zuvorgekommen. Vermutlich wird er ihn jetzt auffordern, sich anzuschließen, mitzutun unter seiner Oberleitung. Das ist, aller Vernunft zum Trotz, eine große Versuchung. Wenn auch die Geschichte höchstens vierzehn Tage vorhalten kann, wenn sie auch an der bayrischen Grenze zusammenbrechen muß, es ist verlockend, vierzehn Tage hindurch Volksheld zu sein und dann im Kampf gegen Berlin als bayrischer Löwe zu fallen, einzugehen wie der Schmied von Kochel in den Mythen, in die bajuvarische Walhalla. Sein eigener Plan ist verbannt, sein Leben ist versaut: für ihn ist das Beste ein großartiger Abschluß. Aber für das Land Bayern ist es nicht das Beste. Denn die Aussichten

des Putsches sind wirklich null Komma null. Die norddeutsche Reichswehr ist dagegen, die Industrie ist dagegen, der Putsch kann nicht an die bayrische Grenze hinausgetrieben werden, er muß in kürzester Zeit zusammenbrechen. Wenn er mittut, wenn er nicht noch in dieser Nacht den Putsch im Keim abdrosselt, dann wird sich höchstens das bittere Jahr 1866 wiederholen, und das verdamnte Preußen wird den Süden endgültig schlucken.

Das alles erkannte Flaucher, noch während die Pistole des Kugner rauchte. Sein Zorn war verraucht, noch ehe der Schuß verraucht war. Auch Angst hatte er keine vor der Pistole und vor dem Geschwulst in den Windjacken mit den Hakenkreuzen und den Handgranaten. In einer Minute, ehe man bis sechzig zählen konnte, erkannte dieser alte bayrische Mensch mehr, als er in all den Jahren bisher erkannt hatte. Er hatte sich überhoben, sein Triumph war hohl gewesen, seine göttliche Sendung Essig. In dieser Minute des Schmerzes, der Zerrissenheit, des Zusammenbruchs, des Entschlusses wurde der vierte Sohn des Notariatskonzipienten von Landhut zum großen Mann. Er sah genau, was war: daß es leichter war, an die Grenze zu marschieren und zu sterben, und daß er, drosselte er den Putsch ab, einen städtigen, unruhlichen, sehr dreckigen Weg wird gehen müssen. Aber er hatte sich überhoben, er hatte die Dinge soweit kommen lassen, er hatte die Schuld. An ihm war es, wiedergutzumachen. Er beschloß, sich zu opfern.

Das alles also, Erkenntnisse und Entschluß, erlebte der unglückliche Franz Flaucher in dieser einen Minute. Mit seiner gewissen Bauernschlaube aber fand er in der gleichen Minute des Entschlusses auch als Mittel, das allein blieb, um, wenn er sich schon opferte, der Stadt und dem Land Blutvergießen zu sparen. Vor allem muß er seine Bewegungsfreiheit wiedererlangen. Er wird sich zu diesem Behuf den Narren scheinbar fügen. Wird dann, sowie er erst hier heraus ist, Berchtesgaden und das erzbischöfliche Palais informieren, dort Zustimmung für seine weiteren Schritte einholen. Wird daraufhin zusammen mit dem Landeskommandanten in die Kasernen gehen, funkeln, beschieren, abblasen. Er selber wird, tut er das, in aller Zukunft nicht nur für einen Trottel, sondern auch für einen Schuft gelten. Die Männer, denen sein Opfer zugute kommt, die heimlichen Regenten, werden ihn verfluchen, werden ihm wenig Dank wissen. Kein anständiger Hund mehr wird ein Bein vor ihm heben. Er wird erledigt sein. Aber der Putsch auch. Der Putsch wird, wenn er es so macht, schon vor dem Weichbild der Stadt München zusammenbrechen, nicht erst nach vielem Blutvergießen und großer Demütigung für alle Bayern an der Grenze des Landes.

Wie ihn also Kugner nötigte, folgte er ihm scheinbar einverstanden ins Nebenzimmer, wo inzwischen auch der militärische Führer des Putsches, General Vesemann, eingetroffen war. Der bayrische Landeskommandant und der Chef der Landespolizei wurden in gleicher Weise wie Flaucher in dieses Nebenzimmer genötigt. Kugner setzte den Herren auseinander, er habe ihnen, unter seiner Oberleitung, führende Ämter zugedacht, dem Flaucher das Gouvernement des Landes Bayern. Diese Ämter aber müßten sie übernehmen. Vier Schüsse, und er fuchtelte mit der Pistole, habe er in seiner Waffe: drei für die Herren, falls sie es ablehnten, seine Mitarbeiter zu werden, den letzten dann für sich selber. Flaucher, in Ausführung seines Entschlusses zu den beiden andern hinüberblinzeln, sagte bauernschlau und traurig: „Herr Kugner, ob Sie mich erschießen oder nicht, darauf kommt es jetzt nicht an. Ich sehe nur das Wohl des Vaterlandes, und ich gehe mit Ihnen.“ Und dies war wahrer, als Kugner wußte.

Unter brausendem Beifall kehrten Kugner und Flaucher zurück in den Hauptsaal, auf das Podium, um eine gemeinsame Erklärung abzugeben. Aufgabe seiner provisorischen Regierung, verkündete Kugner, sei die Rettung des deutschen Volkes, der Vormarsch gegen das Sündenbabel von Berlin. Die Leitung der nationalen Regierung übernehme er, die Leitung der Armee General Vesemann. Dr. Flaucher sei bayrischer Landesverweser. Flaucher erklärte, er trete dieses sein Amt schweren Herzens an, als Statthalter der Monarchie. Die beiden Männer reichten sich die Hände, standen, die harte, dickgeäderte, schwitende Hand des Flaucher in der harten, langnägeligen, schwitenden des Kugner. „Der Rüttschwur“, ruft aus dem Saal eine sonore Stimme, die des Schauspielers Konrad Stolzinger. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern“, spricht er vor, ergriffen, und ergriffen wiederholt es der Saal. „in keiner Not uns trennen und Gefahr.“

Flaucher steht auf dem Podium, Hand in Hand mit dem Führer, steif, unbehaglich. Er überlegt: wenn er vor Mitternacht hier loskommt, dann ist es gewonnen, dann ist es noch Zeit, dann kann er noch alles dreheln zur Rettung des Vaterlands. Er möchte sein; Hand zurückziehen, aber in dieser Situation geht es nicht gut, auch hält ihn der Kugner fest. „Wir wollen frei sein wie die Väter waren“, tönt es von unten, erst die sonore Stimme, dann der Saal, „eher den Tod, als in der Knechtschaft leben.“ Eine Mordstimme hat der Kerl. Wenn man nur wüßte, wieviel Uhr es ist. Sakrisch lang dauert so ein Rüttschwur. Und schwitzen tut der Kugner.

Endlich kann der Landesverweser vom Podium wischen, hinaus in den Vorraum. Auf der Toilette schaut er auf die Uhr. Zehn Uhr achtzehn. Gott sei Dank, er hat noch Zeit. Er tritt ins Freie, niemand hält ihn. Gierig saugt er die kalte Luft ein. Jetzt ist er nicht mehr Landesverweser von Gnaden des Monteurs Rupert Kugner, jetzt ist er wieder solider bayrischer Beamter wie seit dreißig Jahren.

Er steigt ins Auto, wischt sich mechanisch die Hand am Polster. Seine Schultern sind schlaff, aber sein Gesicht ist verbissen. Seine Pflicht verlangt, daß er jetzt einen ungeheuren Klumpen Dreck hinunterschluckt. Das ist unangenehm, aber ein bayrischer Beamter tut seine Pflicht.

Ein Volk marschiert

Ein ganzes Volk marschiert — marschiert
Vom Morgen bis spät in die Nacht.
Ein ganzes Volk wird einexerziert,
Kriegstüchtig und rassig gemacht.

Auf Ackerboden und deutschem Asphalt,
Im gleichen Schritt und Tritt,
Der Nagelschuhe Marschrhythmus halt
Und wer nicht will, der muß mit.

Und gab man dem Volk auch nicht tägliches Brot
So darf es doch täglich trainieren.
Den Hungermarsch in den Heldenstod
Marschieren — marschieren — marschieren.

Doch wenn das Volk genug gequält,
Wird es den Feind erkennen.
Das Ganze kehrt. Was heut' nur schwelt
Muß morgen rot entbrennen.

Thomas Eck.

„Mein Führer!“

Septimus amüsiert sich in der „Liberté“ über die Adolf Hitler allein zustehende Anrede „mein Führer“ und machte sie zum Gegenstand folgender Glosse:

„Ich kenne einen Mann, der krank geworden sein muß, nachdem er die Reden auf dem Nürnberger Nazikongreß gelesen hat. Das ist Wilhelm II. Während seiner Regierung hat der Ex-Kaiser nichts so geliebt wie den Weihrauch. Die Höflinge und offiziellen Festredner haben ihn den Siegreichen, den Unbesiegliehen, den Obersten Kriegsherrn, Reformator des Menschengeschlechts, Friedensfreund genannt. Aber keinem von ihnen wäre es je eingefallen, vor den Herrscher hinzutreten, in Verückung zu geraten und ihm ins Gesicht zu brüllen: „Mein Kaiser, Sie sind alles in einem!“ Wenn man hier das Wort „Kaiser“ durch „Führer“ ersetzt, dann hat man wörtlich das, was Rudolf Heß auf dem Nürnberger Kongreß sagte. Sicher, für Wilhelm II. muß diese kolossale Schmeichelei einer verlorenen Schlacht gleichgekommen sein. Und zu denken, daß er diesen kümmerlichen Hitler als einfachen Soldaten in seiner ruhmreichen Armee hatte! Ach wenn er das gewußt hätte... Indessen zu Zeiten des Kaisers hätte Deutschland noch über eine Lobhudelei von solcher Plumpheit gelächelt. Es hätte gefunden, daß Herr Heß „ein bißchen zu weit“ gegangen wäre, selbst mit Seiner Kaiserlichen Majestät. Die Oppositionsblätter hätten Karikaturen veröffentlicht, die Berliner Straßensöhne hätten ihre Kalauer gerissen... Die 38 Millionen Deutschen, die mit „Ja“ gestimmt haben, finden, daß Herr Heß etwas ganz Natürliches gesagt habe... „Mein Führer, Sie sind alles in einem!“ Wir werden noch erleben, daß man diese Formel in Gebete des neuen hitlerisch-heidnischen Kults einführt, den die deutschen Theologen gerade zur letzten Weihe des „dritten Reiches“ zu fabrizieren im Begriffe stehen. Wir werden sehen, daß man den Führer bald wie einst die römischen Kaiser anrufen wird: „Göttlicher Hitler!“ Die Deutschen denken nicht mehr daran, zu lächeln, aber wir, wir haben noch das Recht, uns darüber zu amüsieren!“

Neudeutsche Wiirtschaftsregeln

Von Hjalmar Schacht

Konkurse sind eine völlig überflüssige Einrichtung. Die Gläubiger brauchen sich nur abzugewöhnen, ihre Forderungen einzutreiben.

Gläubiger nennt man die Leute, die verpflichtet sind, einem den Pöfel abzukaufen, damit man sie bezahlen kann.

Grundregel: Bezahle die Gläubiger stets mit ihrem, niemals von deinem Geld. Sobald sie letzteres verlangen, schreie „Gemeinheit!“

Fürchte dich nicht vor dem Zorn der Mächte. Frechheit ist die stärkste Weltmacht!

Wohlthun trägt Zinsen. Wer dir aus bloßen Geschäftsgründen geborgt hat, besitzt daher keinen Anspruch auf Zinsen, und wer dir aus Wohlthätigkeit geborgt hat, verzichtet sowieso darauf.

Jeder, der sich mit Deutschland in Geschäfte einläßt, soll die unbedingte Sicherheit haben, daß er zu seinem Gelde kommt — sobald es uns paßt.

Es gibt verschiedene Arten von Valuten. Die einzige absolut wertbeständige ist — Nichtbezahlen.

Wer an uns sein Geld verliert, dem ist vom moralischen Standpunkt aus völlig Recht geschehen: denn es war unmoralisch von ihm gehandelt, daß er sich mit uns Gaunern überhaupt in Geschäftsverbindungen eingelassen hat.

(Autorisierte Ausgabe von Mucki.)

Neuerscheinungen

Joseph Roth: „Der Antichrist“. Verlag Albert de Longe, Amsterdam. Ein wichtiges Buch, das eine eingehende Würdigung erfahren wird.

Der Verlag kündigt weiter an: Bertold Brecht: „Dreigroschenroman“; Alfred Neumann: „Neuer Cäsar“; Max Brod: „Heinrich Heine“; Karl Tschuppik: „Maria Theresia“; René Schickele: „Liebe und Aergernis des D. H. Lorenz“; Georg Bernhard: „Dilettanten am Kapitalismus“; Egon Erwin Kisch: „Geschichten aus sieben Ghettos“.

Walter Darrés Erzählungen

Das Fiasko seiner Agrarpolitik

Das Fiasko seiner Agrarpolitik

Walter Darrés ist Reichsminister für Ernährung und Landwirtschaft. Er hat die Aufgabe, das deutsche Bauerntum aufzuordnen und scheint nach dem Urteil des „obersten Gerichtsherrn“ dafür der geeignetste Mann zu sein. Herr Darrés schreibt nämlich seinen Namen mit é damit man ja ohne weiteres seine germanische Abstammung erkennt. Außerdem kommt er auch nicht etwa aus dem Teutoburger Wald, sondern aus dem weiten Argentinien, aus dem Lande des leidenschaftlichen Tango, der in Deutschland von dem Nationalsozialismus verboten ist. Dieser Mann, der also alle Voraussetzungen zur Aufordnung und Neubildung des deutschen Bauerntums besitzt, hat am Montagabend im Rundfunk eine Rechtfertigungsrede über die nationalsozialistische Agrarpolitik gehalten.

Da Herr Darrés das Monopol hat, und die anderen, die mit ihm nicht ganz einverstanden sind, den Mund zu halten haben, so hat er sich, wie es einem nationalsozialistischen Führer geziemt, in seinem Rechtfertigungsbericht einige Freiheiten erlaubt, die es mit der Wahrheit und mit den Tatsachen nicht ganz genau nehmen.

Dah die Nationalsozialisten, als sie die Macht im Reich erlangten, einen Trümmerhaufen voranden, verfiel sich von selbst. Bekanntlich war ja Deutschland überhaupt Anfang 1933 in wirtschaftlicher Beziehung ein Trümmerhaufen, obwohl damals geordnete Finanzverhältnisse und offene Handelsbilanz vorhanden waren. Darrés mußte deshalb, wie er in seiner Rundfunkrede erklärte, an „einen völligen Wiederaufbau von Grund auf herangehen“, da „wir nichts mehr flicken und reparieren konnten.“

Die „Vegeisterung“ für das Reichserbhofgesetz

Wie wurde nun die Landwirtschaft gerettet? Etwa durch Schaffung neuer sozialer Verhältnisse auf dem ländlichen Lande? Etwa durch Sozialisierung des Großgrundbesitzes, durch Aufteilung eines Teiles davon an Landbauern? Nichts dergleichen! Dafür hat aber die Landwirtschaft, so erklärte allen Erstes der Herr Reichswirtschaftsminister, das Reichserbhofgesetz und das Reichsnährbrotgesetz erhalten. Nun, die Vegeisterung über das Reichserbhofgesetz ist ja bekannt. Man weiß ja, daß die mit dem Erbhof besetzten Bauern verzweifelt eine nichtarische Wohnstätte suchen, um ja nicht Erbhofbesitzer zu werden. Kürzlich ging durch die gleichgeschaltete Presse eine Meldung über ein Gerichtsurteil, wonach einer von diesen altsächsischen Bauern das Reich sogar deswegen verlor, weil seine Eltern polnischer als slavischer und nicht germanischer Abstammung waren. Deshalb, so argumentierte der Bauer, brauche er nicht die Ehre zu haben, Erbhofbesitzer zu sein. Herr Darrés hat sich gebüht, diese und ähnliche Dinge seinen Hörern zu erzählen. Dafür aber wies er umso mehr die von ihm geschaffene Marktordnung für landwirtschaftliche Erzeugnisse. Wir wollen mit Darrés darüber nicht rechten. Wir wollen lediglich feststellen, daß die deutschen Bauern mit dieser Zwangsmaßnahme keineswegs zufrieden sind. Noch kürzlich mußte bei einer Tagung der sächsischen Bauern Ministerialdirektor Moritz vom Reichsernährungsministerium den Vertretern der sächsischen Bauern die Versicherung geben, daß er zwar ihre Bedenken durchaus beachte, daß aber die Bauern im Interesse der Allgemeinheit ebenfalls Opfer zu bringen hätten.

Die Junker bereichern sich

Die Marktordnung bezieht im „dritten Reich“ bekanntlich darin, daß man zur Nationalisierung des Getreideverkaufs übergegangen ist und daß man wieder einmal den Junkern die Möglichkeit gegeben hat, sich auf Kosten der überarmten Mehrheit der deutschen Landwirtschaft zu bereichern. Die Dreibler sind nämlich Erzeuger von Futtermitteln, insbesondere von Hafer, die Kleinbauern dagegen Verbraucher von Futtermitteln. Durch die Einfuhrbeschränkung ist eine Knappheit an Futtermitteln entstanden, die die Junker für sich ausgenutzt hatten. Die Preise für Hafer sind bekanntlich vorübergehend um mehr als 100 Prozent gestiegen. Die Folgen dieser „Marktordnung“ sind bekannt.

In zahlreichen Gegenden mußten die Bauern zu Massen-schlachtungen von Vieh übergehen, da sie die hohen Futtermittelpreise nicht bezahlen konnten.

Diese unglücklichen Zustände bezeichnet der deutsch-argentinische Reichsernährungsminister mit „Marktordnung“.

Der Dolchstoß gegen die Ausfuhr

Aber nun kommt das Tollste. Herr Darrés hat nämlich herausgefunden, daß die Marktordnung in Agrarerzeugnissen, wie er sich ausdrückt, „sogar eine Ausgestaltung bestimmter Handelsbeziehungen auf ganz neuer Grundlage“ ermöglichte. Damit man seine Worte ja nicht mißversteht, betonte Darrés in seiner Rede ausdrücklich, daß es „ohne Nahrungsfreiheit keine Außenhandelsfreiheit“ gäbe. Nach Darrés hat also seine famose landwirtschaftliche Politik den Außenhandel gefördert. Indessen weiß jedes Kind und wahrscheinlich auch der Reichsminister selbst, daß genau das Gegenteil der Fall ist.

Die Schutzpolitik, die der Landwirtschaft höhere Preise sicherte, hat eine ganze Anzahl europäischer Länder zu politischen Gegenmaßnahmen veranlaßt, die zum Zusammenbruch der deutschen Ausfuhr beitragen. Gerade die Politik Darrés hat zur Verschärfung der Devisenlage beigetragen.

Gerade dem Herrn Darrés und seiner famosen Marktordnungspolitik hat das deutsche Volk den heutigen Erbschaftsummel zu verdanken.

Aber Herr Darrés stellt die Dinge auf den Kopf, denn er weiß, daß ihm niemand erwidern kann. Und deshalb wagt er im Rundfunk zu erklären, daß seine „Marktordnung“ alscham das Wunder vollbracht habe, bei der zunehmenden Ab-sperrung infolge Devisenschwierigkeiten eine gewisse Nahrungs-freiheit zu gewährleisten. Er vertritt nur die Kleinigkeit hinzuweisen, daß diese Ab-sperrung und diese Devisenschwierigkeiten erst durch seine famose Politik entstanden sind.

Höhere Agrarpreise bei vermindertem Einkommen

Dieselben „Freiheiten“, um nicht Fälschungen zu sagen, erlaubt sich der Herr Reichsminister, wenn er über die Preisentwicklung in landwirtschaftlichen Erzeugnissen spricht. Er gibt einen Vergleich der Großhandelspreise für landwirtschaftliche Erzeugnisse auf dem Weltmarkt und in Deutschland nach dem Stand vom August 1934.

Nach seinen eigenen Angaben stellten sich die Preise für Roggen in Rotterdam 56 RM, in Deutschland 159 RM, die Tonne, Weizen in Liverpool 60 RM, in Deutschland 199 Reichsmark die Tonne; Schweine in Chicago 2 RM, in Deutschland 47 RM, je Rente; Butter in Kopenhagen 78 RM, in Deutschland 254 RM je Doppelpennet; Speck in Kopenhagen 107 RM, in Deutschland 184 RM je Doppelpennet; Eier in Kopenhagen 8 1/2 Pfg., in Deutschland 8 Pfg. das Stück.

Er gibt also selber offen zu, daß die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse in Deutschland weit über dem Weltmarkt stehen, erklärt aber dann weiter mit absoluter Unverschämtheit, daß die Kleinhandelspreise angeblich nur ganz wenig gestiegen seien. Immerhin sind wir ihm dankbar, daß er die obigen Großhandelspreise bekanntgegeben hat, denn sie zeigen deutlich, daß Darrés Agrarpolitik nicht nur darin besteht, daß sich die Junker auf Kosten der Bauern bereichern, sondern daß sich auch die gesamte Landwirtschaft auf Kosten der überarmten Mehrheit des deutschen Volkes bereichert. Die enorme Preissteigerung in landwirtschaftlichen Produkten wirkt sich um so katastrophaler aus, als bekanntlich durch die Herabsetzung der Löhne auf ein Niveau der chinesischen Kuli das Einkommen der breiten Massen des deutschen Volkes zurückgegangen ist.

Um das glorreiche Ergebnis der wunderbaren Agrarpolitik Darrés noch deutlicher vor Augen zu führen, bringen wir nachstehende Vergleichszahlen über die Preisindexziffern für Lebensmittel, die wir den „Berliner Wirtschaftsberichten“, dem Organ des gleichgeschalteten statistischen Amtes der

Stadt Berlin, entnehmen. Es ergibt sich daraus folgendes Bild. (1913 = 100):

	Indexziffern am:	
	22. 8. 33	22. 8. 34
Fleisch und Wurstwaren	92,50	98,50
Fische	133,—	141,20
Milch und Milchprodukte	99,10	101,00
Hülsenfrüchte	105,50	137,90
Sonstige Lebensmittel	129,90	141,40

Kleinhandelspreise (in Pfennigen):

Kartoffeln (10 Pfund)	30,—	62,50
Grüne Bohnen (1 Pfund)	19,—	34,50
Zuerkohl	14,—	22,—
Spinat	14,—	19,—
Viktoriaerbsen	22,50	38,—
Veberwürst, fein	118,—	129,—
Schweinefleisch inländisch	91,—	108,—
Schweinefleisch ausländisch	80,—	98,50

Man ersieht aus dieser Statistik, daß die Indexziffer, die oben für „sonstige Lebensmittel“ angegeben wurde, am weitesten ist. Denn: wenn Kartoffeln, die bekanntlich die Hauptnahrung der ärmeren Bevölkerungsschichten bilden, um das Doppelte, Bohnen, Zuerkohl und Spinat fast auf das Doppelte im Preise gestiegen sind, dann ist es unendlich, daß sich der Index bloß um 10 Prozent erhöht haben soll.

Ein Dokument

Der katholische Theologie-Student im Arbeitsdienst

Memel, 24. Sept. (Inpreß.) Der „Ostsee Beobachter“ in Memel veröffentlicht ein authentisches Dokument aus dem nicht nur erhellt, mit welchen Methoden die Ver-spiegelung der Volksgenossen im „dritten Reich“ betrieben wird, sondern die Tatsache, daß die Arbeitsdienstlager mit der Reichswehr eng verbunden arbeiten, unfeindlich offiziell bestätigt wird. Das Dokument lautet:

Rechtsamt für den freiwilligen Arbeitsdienst, Gartenstein, Meldestelle.
Zgb. Nr. Geheim 634 Rf.

Gartenstein, den 17. Mai 1934.

Herrn Oberfeldmeister Schliepe
Arbeitsdienstabteilung
Einschreiben

Friedland.

Gemäß Verfügung der Hauptmeldestelle ist der Abiturient Erwin Hoff Ihrer Abt. zugewiesen worden.

Ich lege mich veranlaßt Sie zu bitten, auf Hoff ein wachsameres Auge zu richten. Ich habe gegen seine politische Zuverlässigkeit ernsthafte Bedenken, muß aber bemerken, daß es sich zunächst lediglich um eine Vermutung meinerseits handelt. Mein Verdacht ist aus folgenden Gründen entstanden:

Hoff ist Student der kath. Theologie. Diese Art von Studenten sind ausdrücklich auf Betreiben der kath.

Studentenschaft vom Arbeitsdienst befreit. Weiter steht fest, daß der Katholizismus weitgehend in einzelnen der hiesigen kath. Gegenden dem Arbeitsdienst nicht gerade sympathisierend gegenüber steht. Hoff machte hier Nebenarbeiten, daß er den schlechten Eindruck, den die Beizung der kath. Studenten vom Arbeitsdienst hervorgerufen hätte, gern verwischen möchte. Weiter hat er ausdrücklich, in einer Reichswehrmaßnahme zugeteilt zu werden, da er dafür sowie auch für den Wehrsport, größtes Interesse habe. Dieses Interesse ist bei einem kath. Geistlichen fraglos von vornherein verdächtig.

Ich habe seiner Bitte, einer Reichswehrmaßnahme zugewiesen zu werden, stattgegeben, um ihm Gelegenheit zu geben, etwaige Spionagedelicten durchzuführen. Ich bitte Sie persönlich, dieses Schreiben als vertraulich und geheim zu behandeln. Gleichzeitig bitte ich Sie aber auch, eine durchaus unauffällige entl. polizeiliche Überwachung seines Briefwechsels vorzunehmen. Ich bitte Sie nochmals, vorsichtig dabei zu Werke zu gehen, da es sich dabei, wie gesagt, meinerseits um einen vorläufig noch völlig unbegründeten Verdacht handelt.

(V. S.) Heil Hitler
gez.: Unterschrift,
Leiter der Meldestelle.

Doumergues Staatsreform

Auftakt der innerpolitischen Herbststürme

Paris, 25. Sept. Frankreich steht ganz unter dem Eindruck der großen Rede Doumergues, die er am Montag am Rundfunk hielt. Die Stimme des Ministerpräsidenten klang ernster als sonst und wurde fast dunkler, als er von den großen innerpolitischen Gefahren sprach, die Frankreich bedrohten.

Man hörte Töne, die man im europäischen „onzei heute so häufig vernimmt. Wegen „Parteieneid“, gegen Spekulant und Kritiker, gegen diejenigen, die zwar Regierungen stützen könnten, sich aber weigerten, die Verantwortung zu übernehmen. Sehr scharf wandte sich dabei Doumergue vor allem gegen die Sozialisten.

Wie sieht Doumergues „Reformprogramm“ aus, das mit solch großer Spannung erwartet wurde?

Er will eine „autoritäre Regierung“.

Sie soll vor lächerlichen Eitragen bewahrt bleiben, bei voller Aufrechterhaltung des parlamentarisch-demokratischen Regimes, für das sich Doumergue allen Enttäuschungen zum Trotz einsetzt. Er blüht mit Sehnsucht nach England, denn in den 20 ersten Monaten dieser Legislaturperiode seien in Frankreich nicht weniger als 108 Minister verbraucht worden. Es dürfe während ihrer Dauer künftig keine Ministerpräsidenten aus wichtigen Gründen mehr geben, und der Ministerpräsident müsse

das Recht zur Auflösung der Kammer ohne Befragung des Senats bekommen. Er meint, die Drohung mit der Kammerauflösung würde den Ehrgeiz und die Ungeduld der oppositionellen Parteien hemmen. Schließlich forderte Doumergue das Recht für die Regierung, das Budget durch einfache Verordnung auf ein zweites Jahr

verlängern zu dürfen, und endlich ein neues Beamtenrecht, das die Beamten einer schärferen Disziplin unterwerfe. Dies alles, so fügte Doumergue hinzu, lasse sich durch „einige wenige Worte in der Verfassung“ erreichen.

Scharf wandte er sich gegen die Bestrebungen auf Abwertung des Franken. Hier sprach die Angst des französischen Kleinbürgers und Rentners. Sehr besorgt ist der alte Herr wegen der sozialistisch-kommunistischen Einheitsfront. Seine glückliche Argumentation war sein — Landhaus im Süden. Er wolle nicht an der Macht bleiben, und er sei wahrhaftig kein Diktator. Aber — er komme mit der jetzigen Machtvollkommenheit nicht aus, und wenn man ihm nicht mehr davon gebe, dann werde er in geeigneteren Gesilden sein letztes Stündlein erwarten.

Millionen von Franzosen haben Doumergue am Rundfunk gehört. Seine väterlich-mahnende Stimme hat ihre Wirkung nicht verfehlt, aber trotzdem wird sie Frankreich nicht aus der Reichweite heftigen innerpolitischen Kampfes bringen. Auch im Lande der großen Goldschätze stehen heftige Stürme bevor. Schon die wachsenden Arbeitslosigkeit lassen erkennen, daß ein guter Goldstandard für wirtschaftliche Blüte und innerpolitische Beruhigung nicht entscheidend ist.

Eine Verhaftung

Weg, 25. Sept. An der französisch-saarländischen Grenze wurde von der Polizei auf französischem Boden der SA-Kämpfer Buschalla verhaftet, der schon lange wegen Spionagedelictes gesucht worden war. Buschalla stand einer bedeutenden Spionageorganisation im Saargebiet vor.

Auch ein Tierfreund

Vor über vierzig Jahren war Berlin der Schauplatz eines entsetzlichen Verbrechens. Im Keller eines Hauses in der Köpenicker Straße land man die Leichen der sogenannten Wippschützen und ihrer Tochter. Die beiden sehr verdächtigten Frauen waren einem Raubmörder zum Opfer gefallen. Die Frage nach der Person des Täters beantwortete sich leicht. Der Mord mußte etwa vier Wochen vorher stattgefunden haben und seit eben so langer Zeit war der Portier des Hauses, ein aus Ungarn eingewandertes Schuhmacher namens Goency, spurlos verschwunden. Der Vorwurf, den er gewonnen hatte, war so groß, daß die Bewachung der Käfen und die Benachrichtigung der Behörden an den trockenen Grenzen erfolglos war. Da kam ein Berliner Polizeibeamter auf eine klärende Idee. In dem hinter Goency erlassenen Steckbrief hieß es: „Der Geisachte befah einen auffällig kleinen weißen Stroh, an dem er sehr hing und der sich vielleicht in seiner Begleitung befindet.“ Die Vermutung war richtig. Goency hatte seinen Hund nach Buenos Aires, wo er untergetaucht war, mitgenommen. Er ließ dort den Steckbrief mit dem Hinweis auf seinen vierfüßigen Gefährten, konnte sich aber trotzdem von dem innig geliebten Tier nicht trennen. Der Hund wurde ihm zum Verräter. Der Mörder wurde verhaftet, nach Deutschland zurückgeführt, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Schade, daß bei seiner Einstellung zu Menschen und Tieren hätte er bei den Nazis die Erwartung auf einen der höchsten Posten gehabt.

Ist denn das strafbar im „Dritten Reich“?

Stuttgart, 24. Sept. (Inpreß.) Die Strafkammer Heilbronn verurteilte den Leiter des Heilbronner Arbeitsamtes und SA-Führer Dr. Dirlwanger wegen sexuellen Mißbrauchs von noch nicht 14-jährigen Hitlerjungen zu zwei Jahren Zuchthaus.

Der tägliche Hochverratsprozeß

Hamburg, 24. Sept. (Inpreß.) Das Hanseatische Sondergericht verurteilte 17 Mitglieder der kommunistischen Opposition wegen Vorbereitung zum Hochverrat zu Gefängnis- und Zuchthausstrafen bis zu 2 1/2 Jahren.

Der Boykott der Berliner Olympiade

Amsterdam, 24. Sept. (Inpreß.) Der holländische Turner-Verband hat beschlossen, die für das Jahr 1936 in Berlin geplante Olympiade zu boykottieren.

Vier-Parteien-Kundgebung für die Einheit

Eine historische Volksversammlung im Saal Bullier in Paris

A. Sch. Am 20. September fand in Paris in dem größten Saal der Stadt, dem Saal Bullier, die mächtige Kundgebung für die proletarische Einheit statt, die für alle, die an ihr teilgenommen haben, unvergesslich bleiben wird. Es war eine Vier-Parteien-Kundgebung, von den sozialistischen und kommunistischen Parteien Frankreichs und Italiens zusammengebracht. Die Versammlung hatte einen tiefen politischen Sinn: die Vertreter der beiden proletarischen Parteien Frankreichs, der mächtigen Demokratie des europäischen Kontinents, und Italiens, der ältesten faschistischen Diktatur Europas, standen nebeneinander. Es war ein lebendiger Beweis dafür, daß die proletarische Einheit eine internationale Methode für die Wiederanrichtung der Arbeiterbewegung ist und sein muß, daß sie sowohl für die Länder der alten Demokratie, als auch für die Länder der faschistischen Diktatur günstig ist. Aber gleichzeitig hat diese Kundgebung bewiesen, welche inneren Wandlungen die proletarischen Massen durchmachen, wenn die Einheitsaktion einmal in Bewegung gesetzt wird. Die Massen schütteln mit Erleichterung die furchtbare Last der Spaltung ab. Sie erblicken mit Begeisterung neue Wege und neue Möglichkeiten. Die Einheit wird zur Selbstverständlichkeit, die Spaltung zur bitteren Enttäuschung. Man hätte die Stimmung der 12000 Menschen im Saal Bullier beobachten müssen. Billige Sentimentalität, Geschwulstigkeit? Ach, nein! Es war ein spontaner Durchbruch der Klassenolidarität.

Man hätte leben müssen, wie begeistert die uninformierte kommunistische Jugend, die vor der Tribüne stand, Leon Blum begrüßte, wie der verzerrte kommunistische Zwischenschreier, der Leon Blum zu unterbrechen versuchte, gerade von den kommunistischen Zuhörern niedergeschrien wurde.

Was in Frankreich sehr vorzueh, ist noch nicht die unmittelbare Verwirklichung der Einheit, wohl aber die Vorbereitung, die Schaffung der psychologischen und politischen Voraussetzungen für die Einheit. Im Saal Bullier sah man inmitten der dichten Massen, welches diese Voraussetzungen sind: der Abbau des Hasses, die Tiffamierung der Spaltung, die Zusammenführung der proletarischen Massen.

Aber im Saal Bullier ging es nicht allein um die Massenimmungen, die entscheidenden Fragen der internationalen proletarischen Politik kamen zur Behandlung. Zum ersten Mal haben dort die Führer der beiden proletarischen Parteien, Leon Blum und Marcel Cachin, nebeneinander stehend, das Wort zur Frage der Einheit ergriffen. Die hervorragende Rede Leon Blums hat gezeigt, daß in dieser Aktion der demokratische Sozialismus führend ist. Blum beschränkte sich nicht auf die Schilderung der Vorbereitung der Einheit, er hat auch die Perspektive und die Ziele der Einheitsaktion dargestellt. Die Bewegung braucht die Vertiefung und die Ausbreitung der Einheitsaktion. Die Einheitsaktion genügt nicht. Und hier prägte Blum das entscheidende Wort: das Ziel der Annäherung ist die Wiederherstellung der organisierten proletarischen Einheit, die reelle Verwirklichung der Einheit auf Grund der marxistischen Synthese. Wir müssen von der Einheit der Aktion zur organisatorischen Einheit schreiten, von der Einheit im nationalen Rahmen zur internationalen Einheit.

Was die beiden proletarischen Parteien heute noch am härtesten trennt, ist die Frage nach der Demokratie innerhalb der Bewegung. Aber auch diese Schwierigkeiten sind nicht unüberwindlich.

Blum vertritt diesen Standpunkt nicht sehr selten: mit dieser grundsätzlichen Auffassung ging die Sozialistische Par-

tei Frankreichs in die Einheitsaktion hinein. Die Partei ist bereits durch die Verkündung des Einheitsziels zum Konzentrationsspunkt der Gesamtbewegung geworden. Die linken Splittergruppen, die zwischen den Sozialisten und Kommunisten hin und her schwanken, beginnen nunmehr ihren Anstoß an die Sozialistische Partei zu ziehen. Die erste und die interessanteste Eroberung: die französischen Trotzkisten sind der Partei schon beigetreten — es sei ein offenes Geheimnis auf den Rat und Veranlassung von Trozki selbst. Trozki und seine Anhänger in der Partei von Leon Blum — das ist ein folger politischer und moralischer Erfolg des demokratischen Sozialismus, der in Frankreich vermochte, zum Bannerträger der proletarischen Einheit zu werden. Die Partei hat dabei nichts geopfert, was zum eisernen Bestand des marxistischen demokratischen Sozialismus gehört. Im Gegenteil: eben ihre Politik der proletarischen Einheit hat die Amerziehung des Kommunismus gefördert, die freihetlichen Grundsätze der Einheitsbewegung in ihrem Ganzen befestigt.

Dafür hat die Rede Cachins den Beweis geliefert. Cachin ist heute der einflussreichste, der autoritativste kommunistische Führer in West-Europa.

Dieser 63jährige, dessen wundervolle Stimme nichts an Macht und Klang verloren hat, ist ein alter erfahrener Demagoge. Was hatte nun Marcel Cachin sagt, nachdem die Bewegung für die Einheit im Gange ist, gelangt? Die alten kommunistischen Formeln bleiben aus. Cachin verlangte den Kampf für die Verteidigung der Freiheit — und also auch der Demokratie. Er warnte vor faschistischen Illusionen und Unbefonnenheiten. Er sprach für die Einheit der Gewerkschaftsbewegung — was in Frankreich nur die Auflösung der kommunistischen Gewerkschaften in den freien Gewerkschaften bedeuten kann. Auch hat er das entscheidende Wort geprägt: „Ich schreie mich vor der organisatorischen Einheit nicht zurück.“ Man könnte sagen: trotz allem äußeren Feuer seiner Rede, ist Cachin hinter der großartigen fahlen Perspektive, die Blum aufgezeigt hat, beideinen zurückgeblieben. War es ein Zufall, daß auch die italienischen Redner dieses abends nicht der überlieferten Auffassung von der sozialistischen Revolution und dem kommunistischen Radikalismus entsprachen? Während der Vertreter der kommunistischen Partei Italiens, Nicoletti, einen johlischen knappen Bericht über die Verden der italienischen Arbeiterschaft unter der faschistischen Knechtschaft gab, warf unser Freund Pietro Renzi, der Generalsekretär der italienischen Sozialistischen Partei, die Perspektive der antifaschistischen Revolution, die nur sozialistische Revolution sein kann. Was in jenen Stunden im Saal Bullier geschah, war die Herausbildung der wichtigsten Voraussetzungen für die einheitliche Politik und Taktik des Proletariats.

Und nun — noch ein wichtiger Augenblick aus dieser Kundgebung. Leon Blum hat in seiner Rede erwähnt, daß die Sozialistische und kommunistische Parteien Frankreichs, Italiens und Spaniens die Verträge der Einheitsaktion bereits abgeschlossen haben. „Ich empfinde dabei einen gewissen lateinischen Stolz“, sagte Blum — und fuhr fort: „wenn werden die anderen Länder und uns folgen?“ Blum hat dabei das Land nicht genannt, an das alle dachten. Aber alle wußten, an welches Land er in erster Linie dachte: Deutschland! Es ist höchste Zeit, daß der Ruf Blums an die Sozialistischen und kommunistischen Arbeiter Deutschlands — Er wird dort ein tausendfaches Echo finden.

Vorläufige Abstimmungsliste für die Stadt Saarbrücken

Nach Artikel 20 der Wahlordnung für die Volksabstimmung im Saarbezirkgebiet ist die vorläufige Liste der Abstimmungsberechtigten an der Gemeindefest der Saarbrücken zu veröffentlichen. Dies ist für Saarbrücken wegen des Umfangs der Liste und der Größe der Stadt an der Gemeindefest im Rathaus nicht möglich. Die Veröffentlichung der vorläufigen Abstimmungsliste erfolgt daher an sechs besonders aufgestellten Plakattafeln, die an folgenden Stellen der Stadt errichtet sind:

- Saarbrücken 1, Ludwigplatz (hinten der Ludwigsstraße),
- Saarbrücken 2, Breite Straße,
- Saarbrücken 3, Rattenbachstraße (gegenüber dem Neubau des Rathauses),
- Saarbrücken 4, Barbacher Markt (Eingang),
- Saarbrücken 5, Julius-Nieler-Straße (alte Saargemünder Straße),
- Saarbrücken 6, Hauptstraße (unter der katholischen Kirche), 1071-2

Die genannten Plakattafeln werden hiermit für die Dauer des Ausdanges der vorläufigen Abstimmungsliste, d. h. vom 25. 9. 1934 bis 29. 10. 1934, als zufällige Gemeindefest erklärt. Saarbrücken, den 24. September 1934.

Der Oberbürgermeister.

Roulette

Chefreporter bietet absolut sichere Gewinnchance
Sfr. 100 ergeben ein tägl. Benefice von Sfr. 25.—
Sfr. 500 ergeben ein tägl. Benefice von Sfr. 125.—
Sfr. 1000 ergeben ein tägl. Benefice von Sfr. 250.— usw.
Auskunft kostenlos. Anfragen erheben unter Chiffre 528 X an Schweizer-AnnoncenAG, Basel. (Schweiz)

Staatsbürgerschaft

In kürzester Frist, Anfr. solv. Interessenten unt. Chiffre 5 632 Q an Publika, Basel (Schweiz)

BRIEFKASTEN

„Deutsche Iron und Mutter“. Wir erhalten folgende Ergänzungsbeiträge: „Ein eine alte Frau von 60 Jahren, aber größere Pumpen wie ich habe ich in meinem Leben noch nicht kennen gelernt. Für mich ist selbst eine Kugel zu gut. Ich so gekühte Schurken. Das selbe Schicksal, das für den armen Deutschen in Österreich durch Wagnerei bereitet, das möchte ich nun den armen Saarländern bereiten. Sind sie so dumm, geschieht es ihnen recht. Ich habe alles im deutschen Reich durchgemacht, was an Kummer und Sorgen durchzumachen war. Habe mir die Liebe zu meinem Vaterland erhalten, aber einer Abkümmer der Menschheit richtet es mit kaltem Blut zu Grunde. Jedem Deutschen, ob Freund oder Feind, so er nur einen Funken Ehre hat, muß doch beim Leben der „Reichheil“ die Schwärze ins Gesicht heigen, und wenn er nicht ganz hinvernagelt ist, den Schuß aus der ganzen Schreibe weise erkennen. Das wird wohl nicht veröffentlicht werden. Man sollte ja so einem Schurken keine Antwort geben, aber der Verdor bildet sich noch ein, er liebe sein Vaterland. Eine deutsche Iron und Mutter...“

„Nach ich schreibe mich der Schreiberin dieser Zeilen an... So, Sie trauriges exotische Kontant, lächeln Sie nur ruhig weiter, und Deutsche, die mit einem Adolf Hitler von solch hoher Intelligenz und Herzgebildung besigen, hört das absolut nicht, denn was kümmert es den Mond, wenn die Schweine grunzen. Es lebe unser (Sie geht ja nicht mehr an) deutsches Vaterland, Heil Hitler.“

„Es ist ganz unüblich, daß solche anonymen Briefe mit „Heil Hitler“ unterzeichnet werden. Jeder Satz zeigt doch scheinbar, daß die Schreiber an der hohen Intelligenz und der Herzgebildung des sogenannten deutschen „Adressat“ teil haben.“

Saarländer. Ob Herrre Kreis oder Herrre Kreis — ob 3 oder 4 am Schluß des Namens, darüber scheinen die Blätter der „Deutschen Front“ selbst nichts genaues zu wissen. Dieser braune katholische Priester, der Hitler als Sendboten Gottes bezeichnet hat, wird in jeder Schreibweise seines Namens in der Reihe der Leugner religiöser Fiktionen unverrückbar verzeichnet bleiben.

Emigranten R. Marjelle. Und weiter haben Sie keine Sorgen? Tausend muß doch hinweg zu kommen sein. Denken Sie an das Wort von Konstantin: „Wir klein ist die Welt, wenn man sie von oben betrachtet.“

Absentänderin. Ihr nennt das gefälschte Hindenburg-Testament die „Johanneslegende“? Aufgeschmeißt, daß Ihr den Schwindel keinen Augenblick geglaubt und ihn so treffend etikettiert habt.

Kommunistische Leserin. Sie schreiben uns: „Der Präsident für die russische Goldminen-Verwaltung teilt mit, daß die Goldproduktion um 40 Prozent geiegen ist, auf etwa 150 Millionen Dollar. C, diese verfluchten Marxisten, wird Abfall den'en, die schmelzen Gold und ich sammle Pumpen.“

Literatur

Die Neue Weltbühne (Vrag 10, Zürich). Die neue Nummer enthält einen Auszug aus einer Denkschrift eines ehemaligen Berliner Ordinarius, Geheimrat Bering. Über des Erbholgeheiß. Die Denkschrift wurde den nationalsozialistischen Behörden eingereicht, aber der Öffentlichkeit vorenthalten. Mit der Volenfrage beschäftigt sich der Vortragsartikel von Hermann Hudjowski „Großmacht Polen“ und E. A. Gubers' Aufsatz „Verteidigung und Polen“. Einen ausführlichen Bericht über den Schriftstellerkongress in UZSA gibt H. C. Weidkopf. Anton Rüb hat die Rede auf dem Parteitag zu Nürnberg im Jahr 1931 angegriffen. Weiter bringt die Nummer Beiträge von Will Rübber, C. Carlsson, G. B. Burjar, Aufsätze über Textilkrieg in UZSA, Film in China, Klassenkämpfe in Polchina, Eheverweare in der Tschechoslowakei.

Für den Gesamtinhalt verantwortlich: Johann Fiß in Dudweiler; für Inserate: Otto Luhn in Saarbrücken. Verlagsdruck und Verlag: Verlag der Volkshilfsmittel GmbH, Saarbrücken 2, Schützenstraße 5. — Schließfach 778 Saarbrücken.

Haßgesänge zu Hitlers Friedensreden

Paris, 25. September 1934.

(Von unserem Korrespondenten)

Während der Reichsführer die Friedensholmei in allen Tonarten bläst und sogar dem jüdischen Interviewer Veumas (Hies dem Populaire zufolge „Samuel“), seine große Liebe zu Frankreich offenbart, scheint die Hitlerjugend von all dem kaum etwas zu wissen. Sie singt zwar offiziell nicht mehr „Stareich wollen wir Frankreich schlagen“, weil das verboten ist. Aber sie singt noch immer das Lied aus den Freiheitskriegen gegen Napoleon:

Vah! Klinge, was nur Klinge kann
Die Trommeln und die Klöden!
Wir wollen heute Mann für Mann
Mit Blut das Eisen rösten!
Mit Decker und Franzosenblut
O süßer Tag der Rache
Das Klinge allen Deutschen gut!
Das ist die große Sache!

Diese Verse sind, wie der „Nagaro“ mittelst, in dem 1934 bei Gschlin und Laiblin erschienenen „Deutschen Volks- und Kriegsliederbuch“ enthalten. Das Buch ist keine Privatangelegenheit, sondern es hat durchaus offiziellen Charakter, denn der Reichswehrminister für Erziehungsfragen der NSDAP, Martin Heintz, hat dazu das Vorwort geschrieben. Und er, der ein hoher Parteibeamter ist und direkt dem Propagandaministerium untersteht, schreibt, die Deutschen seien für den Kampf geboren. Man wird in diesem Liederbuch, das doch von allen jungen Deutschen gekauft wird, die diese Lieder in den Schulen singen, vergeblich nach jenen Friedensworten suchen, die der Reichsführer in seinen für das Ausland bestimmten Reden anwendet.

Man begnügt sich in diesem Liederbuch nicht mit einer Verherrlichung des Krieges im allgemeinen, wie etwa in folgender Strophe:

„Und nah! dereinst der Rache Tag
Und ruf! der Führer uns zum Kriege,
Dann führen wir uns Not und Schmach
Das Hakenkreuz von Sieg zu Sieg.“

sondern man predigt in den in diesem Buche veröffentlichten Liedern vor allem und unablässig Vergeltung. Vergeltung nicht nur den Polen, den Tschechen, den Litauern, sondern Vergeltung vor allem Frankreich. Jeder junge Deutsche, jeder SA-Mann, jeder Arbeitsdienster wird durch Lieder aufgefordert, immer an Unsch-Verbringen, Oberküssen, Polen, Tschechien und die Saar zu denken, und wenn die Freiheitshonne für diese Gebiete austrahlt, zu den Waffen zu greifen und zu deutscher Ehre zu kämpfen. Aber neben dem immer wiederkehrenden Refrain Frankreich im blutigen Endkampf zu schlagen, wird in den Liedern auch Massenlaute gelehrt. Und all die jungen deutschen Mädel, all die vielen Schulkinder, all die jungen heranwachsenden Knaben sie lernen im Lied, daß nur das deutsche Volk erklaffen ist, während alle anderen Völker minderwertig sind. Denn es heißt:

„Wir schließen keinen Bruderpakt mit
Juden und mit Weisschen,
Weil sie den Freiheitsbrief des deutschen
Volkes fälschen...“

Wir schließen keinen Bruderpakt
mit bangen feigen Weissen,
Es gilt, die große Niedertracht
Europas zu vernichten.“

So reißt sich, wie der „Nagaro“ mit Recht schreibt, in diesem 1934 erschienen Liederbuch, Hahagelung an Hahagelung und die Erinnerung an den Krieg wird durch falsche Schilderungen immer wieder glorifiziert. Dieses Liederbuch, das das wahre Gesicht des Hitlerdeutschland zeigt, ist für den Hausgebrauch, aber nicht für die Außenministerien der fremden Länder bestimmt. Es wird jetzt natürlich im Saarkampf durch die „Deutsche Front“ und ihre Buchhändler besonders gern vertrieben und das in diesem Buch enthaltene „Schlageterlied“, das ein einziger Hahagelung gegen Frankreich ist, spielt im Kampfe an der Saar eine besondere Rolle. Und wenn es in ihm zum Schluß heißt:

„Mit Blut und Waffen werden wir den Feind verjagen!
Gott der Gerechte, er wird uns helfen!“

so muß das, wie „Nagaro“ mit Recht kritisiert, „wohl ein sonderbarer Gott sein, den die deutschen Christen ihren saarländischen Bundesgenossen empfehlen. In Wahrheit handelt es sich um eine unverhüllte Einladung zum Völkich, falls die Saar nicht nach Hitlers Wünschen stimmt.“

Litauen nach Hitler-Muster

Memel, den 24. September 1934.

Der Gouverneur des Memelgebiets hat im Zuge der Säuberungsaktion zehn memelländischen Geistlichen die Arbeitsgenehmigung und das Recht zur seelsorgerischen Tätigkeit entzogen. Von diesen zehn Geistlichen sind 7 Reichsdeutsche, 2 rumänischer Staatsangehörigkeit und einer Balte.

Wir entnehmen diese Meldung dem Deutschen Nachrichtenbüro des Herrn Goebbels. Nur haben wir alles weggelassen, was in heuchlerischer und verlogener Weise Goebbels an diese Meldung hängt, um Litauen eins anzuwischen. Hitler-Deutschland, das selbst in unerhört vielen Fällen die Geistlichen beiderlei Glaubens Tausende an der Zahl der Seelsorge entzieht, sie in Gefängnisse und Konzentrationslager wirft, klagt darüber, daß in Litauen Erbskräfte nicht vorhanden seien und deshalb die Seelen verkommen müßten. Wie wäre es, wenn Reichsbischof Müller mit Ministerialrat Schäfer und den Deutschen Christen hinüber nach Litauen zögen und sich dort der Seelsorge widmeten. Sowohl die evangelische wie die katholische Kirche in Deutschland würden dagegen nichts einzuwenden haben.

Das Neue Tage-Buch

Herausgeber: Leopold Schwarzschild

AUS DEM INHALT:

Nr. 32 (schon erschienen)

- Die Woche
- Der Chef der deutschen Kriegspolizei
- Der Kampf um die Warendschulden
- Kolonie- und Rentenverteilung
- LEOPOLD SCHWARZSCHILD:
- Schon so rasch!
- Die neue Reichswahr
- UNIVERSITÄTSPROFESSOR X:
- Die Rebellion der Studenten
- JOACHIM HANIEL:
- Der alarmierende „Metallplan“
- Die Gefahr dieses Vergitterung
- LOUIS FISCHER:
- Beisch bei Pullow
- LUDWIG MARCU:
- Der mißbrauchte Mensch
- Miniaturen

PREIS 3 FRANCS